:antifaschistische nachrichten

Nr. 11

g 3336 2.6.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Internationales Jugendworkcamp an der Rampe in Bergen-Belsen

Fotos: R.Weismann-Kieser

Internationales workcamp Bergen-Belsen:

NS-Geschichte – Demo gegen Rassismus – Gedenkfeierabsage

65 Jugendliche aus Rußland, Belarus, Litauen, Polen, Slowakei, Niederlande, Israel, Südafrika und Deutschland nahmen auf Einladung christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände am Internationalen workcamp Bergen-Belsen (IWC) teil. Sie beschäftigten sich mit der Geschichte des größten westeuropäischen, von den Nazis eingerichteten, Truppenübungsplatz Bergen, von dem aus der Überfall auf die Sowjetunion startete.

Hier richtete die Wehrmacht drei Lager für sowjetische Kriegsgefangene ein, in denen Zehntausende an Hunger, Seuchen und Mord starben – gemäß den rassistischen und antibolschewistischen Befehlen. An der gleichen Rampe in Bergen, von der aus Kriegsgerät verschickt wurde, trafen Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ein. Besondere Beachtung fanden die Berichte von zwei KZ-Überlebenden.

Für die Frage, wie es zum Faschismus kam und wie die Herrschaft nach 1933 nach und nach gesichert wurde, stand wenig Zeit zur Verfügung. Bei einem Antifa-Stadtrundgang durch Celle wurde einiges davon anschaulich gemacht.

In Gruppen wurden die Themen Bedeutung der Musik im NS, Displaced Persons nach der Befreiung, Vergleich Apartheid – NS, Fotografieren und workcamp-Doku sowie Aktuelles bearbeitet. Die AG Aktuelles lernte das alternative antifaschistische Bunte Haus-Celle kennen, ein Flüchtling berichtete über erniedrigende deutsche Asylpolitik und vor Ort informierten sie sich über den Kampf gegen Neonazis in Celle, Eschede und Umgebung. Diese AG produzierte daraus eine Sendung beim Internet-radioflora.de. Höhepunkt war die Beteiligung des workcamps am Protest gegen Ludendorffer in Dorfmark (siehe antifanachrichten 10-2011).

Es nahmen nur wenig deutsche Jugendliche teil. Grund ist, dass in Niedersachsen durch die Schulzeitverkürzung gleich 2 Jahrgänge Abitur machen und allgemein der Leistungsdruck so groß geworden ist, dass selbst die Ferien zum Pauken gebraucht werden.

Wenige Tage vorm Gedenktag kam die Einladung, dass das IWC sich nach mehr als 10 Jahren wieder mit einem eigenem Beitrag an der Gedenkfeier von Landesregierung und Landesverband jüdischer Gemeinden in Bergen-Belsen beteiligt. Das IWC nahm auch am Gedenken der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen e.V. an der Rampe teil. Die vor Monaten zugesagte Teilnahme an der Gedenkfeier von VVN/BdA und DGB auf dem Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen Belsen-Hörsten lehnte die Mehrheit des IWC-Teams hingegen kurzfristig ab.

weiter Seite 3

Charly Braun und Kerstin Pätzold (beide DGB-Jugend) im Gespräch mit Prof. Heinrich Fink (VVN/BdA-Bundesvorsitzender) bei der Gedenkfeier in Belsen-Hörsten

Aus dem Inhalt:

Front National als „soziale“ Alternative? 8

Ungarn inhaftiert systematisch Asylsuchende 13

Rettet „unsere“ Jugend

SELENT. Nach der Trennung der „Landsmannschaft Schlesien“ von der Bundesgruppe der „Schlesischen Jugend“ ruft der Vorsitzende des revanchistischen „Zentralrates der vertriebenen Deutschen“ (ZvD), Herbert Jeschioro, im Wochenblatt „Der Schlesier“ zur Rettung „unserer“ Jugend auf. Alle „freien Vereinigungen der deutschen Vertriebenen“ sollten nun einen monatlichen finanziellen Beitrag leisten, um die „freien Jugendorganisationen der deutschen Vertriebenen“ politisch unabhängig am Leben erhalten zu können. Kritik an der „Landsmannschaft Schlesien“ kommt auch vom Ehrenvorsitzenden der „Schlesischen Jugend“, Klaus Hoffmann aus Bad Bevensen. Der Vorsitzende des „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.“, ehemals Stadtrat der NPD, bedauert in einem Leserbrief in „Der Schlesier“ dass es „heute Mode geworden“ sei, „Jugendgruppen, die trotz total einseitiger schulischer Erziehung noch zu Volkstum und Heimat stehen“ würden, als „rechtsradikal zu diffamieren“. Die Landsmannschaften in ihrer bisherigen Form seien jedoch ein „Auslaufmodell“, während der „Schlesischen Jugend“ die Zukunft gehöre. *hma* ■

Führungswechsel beim SZW?

STUTTGART. Harald Seubert, ordentlicher Professor an der Universität in Poznan, dem früheren Posen, will ab Juni die Führung im „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) übernehmen. Seubert, der bislang neben Jörg Schonbohm dem Präsidium des SZW angehörte, wolle die „bürgerlich-konservativen Denkzirkel in Deutschland“ künftig besser vernetzen und strebe eine „vertiefte Kooperation“ mit der rechtgewirkten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ an, schreibt das rechte Wochenblatt „Junge Freiheit“ („JF“ 22-2011). Zudem verwalte Seubert, der über Heideggers Auseinandersetzung mit Nitzsche promoviert hat, das wissenschaftliche Erbe Günter Rohrmosers. Auch als Referent bei einschlägig rechten Burschenschaften und dem um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“ ist Seubert bekannt, der auch zu den Autoren des Berliner Wochenblattes gehört. *hma* ■

Angriff auf muslimische Minderheit

BULGARIEN. Auch in Bulgarien wird eine rassistische und antiislamische Bewegung dreister und gewalttätiger. Am 20. Mai störten NationalistInnen in der Innenstadt Sofias das Freitagsgebet, woraufhin es zu heftigen körperlichen Auseinandersetzungen kam. Hinter dieser gezielten Provokation steht die 2005 gegründete Partei Ataka, deren Ziel es ist, gegen einen vermeintlich wachsenden Einfluss der türkischstämmigen Minderheit vorzugehen. In Bulgarien rechnen sich (laut Volkszählung von 2001) 9,4 % der Bevölkerung zu dieser ethnischen Minderheit, 12,2 % bezeichnen sich als Moslems.

Mit Wahlergebnissen zwischen 9 und 14 % (bei Kommunalwahlen sogar bis zu einem Viertel der Stimmen) zählt Ataka zu den rechtsextremen Parteien, die mit Rassismus und Nationalismus in EU-Europa vermehrt Erfolge feiern. Wie in anderen Ländern auch, versuchen diese selbsternannten Sachwalter der Mehrheitsbevölkerung soziale Probleme zu ethnisieren und Konflikte zwischen den Ethnien zu schüren. Der Zeitpunkt der jetzigen Eskalation ist nicht zufällig, im Herbst finden Präsidentenwahlen statt, und der Spitzenkandidat von Ataka, Wolen Siderow, rechnet sich gute Chancen aus, zumindest erneut die Stichwahlen zu erreichen. *F (FAZ v. 23.5., Wikipedia)* ■

41 Schändungen jüdischer Friedhöfe in 2010

BERLIN. Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (DIE LINKE.) zur Anzahl der antisemitisch motivierten Friedhofsschändungen im letzten Jahr und zum Stand ihrer Aufklärung hat die Bundesregierung jetzt wie folgt geantwortet. Mit Stand 31. Januar 2011 lagen dem Bundeskriminalamt bundesweit 41 Fälle antisemitischer Straftaten vor, bei denen jüdische Friedhöfe als Angriffsziel benannt worden sind. Mit Ausnahme von Berlin, dem Saarland und Schleswig-Holstein gab es Fälle in sämtlichen Bundesländern. An der Spitze liegen Nordrhein-Westfalen mit 11 und Bayern mit 6 Friedhofsschändungen.

Die geringe Aufklärungsquote ist erschreckend: Nur vier Fälle, jeweils einer in Brandenburg, NRW, Rheinland-Pfalz und Sachsen konnten aufgeklärt werden.

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Arbeits-Nr. 5/50,12.5.2011 ■

Extremismusforschung stilllegen!

BERLIN/DÜSSELDORF. „Die EU-Projekte gegen ‚Radikalisierung‘ müssen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Die Bundes- wie die Landesregierungen dürfen sich nicht an Vorhaben beteiligen, die politisches Engagement als ‚Extremismus‘ verunglimpfen“, kommentieren die Landtagsabgeordnete Anna Conrads und der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko die Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Beteiligung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens an EU-Projekten gegen „Radikalisierung“ oder „Extremismus“. Mit mehreren Initiativen will die Europäische Maßnahme die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten zur „Verhinderung von Radikalisierung“ einbinden. Nordrhein-Westfalen ist am Projekt „Community policing and prevention of radicalisation & terrorism” (CoPPRa) beteiligt. Deutschland ist zudem mit dem Bundeskriminalamt in einem „Unterprojekt“ innerhalb der Initiative „Check the Web“ in der Überwachung des Internet eingebunden. Letztes Jahr überraschte die spanische EU-Präsidentschaft mit dem Vorstoß eines „Instruments für die Erfassung von Daten und Informationen über Prozesse der Radikalisierung und Gewaltbereitschaft“. Die Datensammlung adressiert „Extreme Rechte/Linke, Islamismus, Nationalismus, Globalisierungskritiker usw.“. „Ich fordere die Landesregierung auf, die Ergebnisse von COPPRa nicht wie laut Projektbeschreibung geplant in lokale Verwaltungen, Schulen, Sportklubs oder religiöse Organisationen zu implementieren“, ergänzt die Landtagsabgeordnete Anna Conrads.

„Projekte wie CoPPRa sollten lieber die Ursache von ‚Frustrationsgefühlen‘ analysieren , statt eine vermeintliche ‚Radikalisierung‘ aufzuspüren. PolizeibeamtInnen und die Zivilgesellschaft dürfen nicht zu Spitzeldiensten für ein versimpeltes Verständnis von ‚Extremismus‘ funktionalisiert werden“, so Hunko.

„Die Maßnahmen von CoPPRa werden durch ein ‚Europäisches Netz der Experten für Radikalisierung‘ (ENER) unterstützt, das auf seiner Webseite globalisierungskritische AktivstInnen mit Al Quaida gleichsetzt“, kritisiert Conrads.

„Derartige Vergleiche dienen der Diffamierung und Kriminalisierung von linkem Aktivismus“, schließen die Abgeordneten. *PM Anna Conrads, MdL, Andrej Hunko, MdB DIE LINKE.* ■

Brandfleck und Lesung aus verbrannten Büchern

MÜNCHEN. Beißender Rauch stieg auf, als der Künstler Wolfram P. Kastner am 10. Mai 2011 zum zehnten Mal einen großen schwarzen Fleck in den Rasen des Königsplatzes brannte. (Mehr dazu bei www.ikufo.de) Ein dauerhaftes Erinnerungszeichen will die Stadtspitze nicht. Die rotgrüne Mehrheit im Stadtrat ist zufrieden mit einem unsichtbaren Internet-Denkmal – nach dem Vorbild von „des Kaisers neue Kleider“.

Die Lesung begann mit Alt-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der auch die Schirmherrschaft übernahm, mit einem aufwühlenden Text von Bertha von Suttner aus ihrem Roman „Die Waffen nieder“. Insgesamt trugen 90 Leser/innen

Fortsetzung von Seite1:
workcamp Bergen-Belsen

Die Ankündigung, dass dort auch der VVN/BdA-Bundesvorsitzende Heinrich Fink spricht, hatte die Cellesche Zeitung zum Anlass genommen, längst widerlegte Stasi-Vorwürfe gegen ihn zu erheben. Das wirkte hinein in die niedersächsische Gedenkstättenpolitik und ins Jugendworkcamp. Während ein früherer DDR-Flüchtling und langjähriger Lehrer und Gedenkstättenmitarbeiter mit einer Papptafel am Friedhof gegen Fink demonstrierte, sprachen dort neben Professor Heinrich Fink, Mechthild Hartung (VVN), Alexander Stankevich (Russisches Generalkonsulat Hamburg) und Hartwig Erb (DGB). Erb erinnerte an die sowjetischen Opfer. Ohne die Befreiung vom Faschismus gäbe es heute in Deutschland keine freien Gewerkschaften. Erb stellte die gute Zusammenarbeit zwischen DGB und VVN/BdA beim Kampf gegen Neonazis heraus. Erb hatte zuvor gegenüber der Celleschen Zeitung eine Distanzierung von Fink abgelehnt.

Heide-Bote ■

Staatliche Willkür am Beispiel Heinrich Fink: Warum ein unbequemer Uni-Rektor entlassen wurde und weiter denunziert wird

In einer Pressemitteilung zu den Vorwürfen gegen Professor Dr. Heinrich Fink anlässlich der Gedenkveranstaltung in Bergen-Belsen/Hörsten nimmt Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz am 15.4. 2011 wie folgt Stellung: „Als Rechtsanwalt von Prof. Dr. Fink stelle ich zu der Behauptung, er sei als inoffizieller Mitarbeiter der Stasi unter dem Decknamen »Heiner« tätig gewesen, fest: Es ist richtig, dass er 1991 wegen dieser Behauptung vom zuständigen Senator fristlos entlassen wurde und das Landesarbeitsgericht die Kündigung abgesegnet hat. Wesentliches Beweismittel war ein Eintrag in Stasiunterlagen, wonach ein »IM Heiner« vom evangelischen Kirchentag berichtet habe – dies könne nur Professor Fink gewesen sein, obwohl der Stasioffizier, von dem der Eintrag über den Bericht stammte, als Zeuge vor Gericht ausgesagt hatte, dass es sich nicht um Professor Fink gehandelt habe. Ich habe daraufhin gegen das Urteil eine Verfassungsbeschwerde eingelegt, über die nach vier Jahren öffentlich verhandelt wurde. Das Bundesverfassungsgericht sah sich außer Stande, in dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin einen Verstoß gegen Verfassungsgrundrechte zu sehen. Dazu habe ich seinerzeit festgestellt:

„Es bleibt aber dabei: Prof. Fink war nicht „IM Heiner". Er hat als erster frei gewählter Rektor der Humboldt Universität nach der Wende versucht, zusammen mit den Studenten und Professoren die Humboldt Universität im Sinne eines kritischen Reformmodells zu erhalten: Dies war der wahre Hintergrund seiner Entlassung, deshalb geriet er in die Schlagzeilen und wurde von manchen Politikern und den Meinungsmachern von FAZ, Spiegel u.a. als „IM Heiner" diskriminiert. Die Universitätsangehörigen haben den Ruf der Universität nie gefährdet gesehen. Im Gegenteil, noch nach seiner fristlosen Kündigung haben die maßgeblichen Gremien ihm erneut mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Bis heute hat sich niemand gemeldet, der von der angeblichen Tätigkeit für das MfS geschädigt wurde, stattdessen hat eine Reihe von Betroffenen das Engagement von Prof. Fink für ihre Bürgerrechte zu DDR-Zeiten dokumentiert. Das alles ficht die Bundesverfassungsrichter offensichtlich nicht an" (PM vom 9.7.1997).

Jahre später wurde in einem Strafverfahren vor dem Berliner Amtsgericht gegen einen ehemaligen Stasioffizier festgestellt, dass dieser es war, der unter dem Decknamen »IM Heiner« vom evangelischen Kirchentag berichtet hatte. Es wäre also an der Zeit, diesen Justizirrtum zu korrigieren – jedenfalls sollten sich Demokraten und Antifaschisten, die gegen nationalsozialistische Kriegsverbrechen antreten, nicht von angeblich »erdrückenden Beweisen« irritieren lassen" (aus der PM von Rechtsanwalt Schultz, 15.4.2011).

Prof. Fink gehört zu denen, die vor dem geschichtlichen Hintergrund der Menschheitsverbrechen des Hitlerfaschismus mit aller Kraft für Frieden, Demokratie und Sozialstaatlichkeit, gegen Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus kämpfen, in der VVN-Bund der Antifaschisten und als deren Bundesvorsitzender. Weil er es wagt, an eine Alternative zum real existierenden Kapitalismus zu glauben und der abwertenden Parole vom „verordneten Antifaschismus der DDR" entgegensetzt, dass Antifaschismus auch in der Bundesrepublik hätte „verordnet" werden müssen, wird er weiter denunziert und diffamiert. Damit soll auch die VVN-Bund der Antifaschisten getroffen werden. Heinrich Fink gebührt Dank dafür, dass er seinen Weg ungebrochen weitergeht.

Mechthild Hartung, (i.A. der SprecherInnen VVN/BdA Nds e.V., 17.4.2011)

an der Stelle der Bücherverbrennung Gedichte und Prosa vor, die 1933 auf alle Zeit verschwinden sollten. Schüler/innen, Hausfrauen, Berufstätige, Wissenschaftler, Studenten, Autoren, Schauspieler ebenso wie Stadträte, Bischöfe und Staatsminister (Dr. Wolfgang Heubisch).

„Hier können alle lesen und nicht nur Prominente dem Volk vorlesen." Im Laufe des Tages kamen etwa 1.500 Zuhörer auf den Königsplatz. Die Polizei beobachtete erstmals die gesamte Veranstaltung sehr genau und prüfte über eine Stunde lang, ob sie gegen ein dokumentarisches Foto von 1933 auf einem Informationsständer einschreiten solle. Offenbar war die Veranstaltung für die Polizeibeamten auch insofern lehrreich, dass sie sich über die Rechtslage Klarheit verschaffen durften.

Erstmals wurde auch im nahe liegenden Luisengymnasium gelesen – von Eltern, Schülern, Lehrern, Schauspielern und Autoren. Ein Fernsehteam filmte die Aktion. Von der Münchner Presse konnte leider niemand teilnehmen ...

Lokalberichte München 11-2011 ■

Demonstration gegen Piusbruderschaft

Köln. „Einsegnung" unter Polizeischutz. Knapp 80 Menschen folgten am 28.5. dem Aufruf des Bündnisses „Für ein Leben vor dem Tod" und demonstrierten gegen die Einweihung der neuen Kirche der extrem rechten „Piusbruderschaft". In der Steinmetzstraße im Stadtteil Köln-Kalk hatte die Bereitschaftspolizei den Bereich vor der ehemaligen neuapostlischen Kirche abgeriegelt, in Sicht- und Hörweite hielten die Gegner der „Piusbruderschaft" eine Kundgebung ab. Anwohner beschimpften die erzreaktionäre Gruppierung: Holocaustleugner und Schwulenhasser wolle man in der Nachbarschaft nicht dulden.

Am Morgen hatte eine Demonstration von der Kalker Kapelle bis zur Steinmetztstraße stattgefunden. Bei der Auftaktkundgebung sprachen Vertreter des Bündnisses „Für ein Leben vor dem Tod" und der Initiative „queergestellt!".

Ob die „Piusbrüder" lange Freude an ihrer neuen Kirche haben werden? Antifaschisten kündigten am Mittag an, künftig die Kirche „Hl. Drei Könige" der Priesterbruderschaft St. Pius X. häufiger zu besuchen.

Am Rande der Einweihungsfeier ließ sich auch kurzzeitig Regina Wilden, Ratsmitglied für die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln", blicken.

mf ■

Quelle: seismograph.blogsport.de

Neonazis bei „Heldengedenken“

WIEN. Auch dieses Jahr beteiligten sich wieder Neonazis am burschenschaftlichen und „freiheitlichen“ Gedenken an die „Helden“ des nazistischen Angriffs- und Vernichtungskrieges. Schon beim Treffpunkt der rechten Trauergemeinde wurde öffentlich und demonstrativ der Hitler-Gruß gezeigt. Auf der Homepage des neonazistischen Hamburger Nationalkollektivs heißt es über den 8. Mai in Wien: „Der Marsch bis zum Heldenplatz verlief sehr geordnet und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Am Heldenplatz angekommen fiel uns gleich auf, dass die Stadt Wien der antideutschen Volksgruppe erlaubt hat, direkt neben dem Platz wo unsere Trauerfeier statt finden [sic!] sollte, ihre Gegendemonstration abzuhalten.“

Dass der Tag der Befreiung nicht ungestört als Tag der „totalen Niederlage“ begangen werden konnte, störte auch den Wiener FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, der in einer Aussendung sogar eine „Gefahr für Leib und Leben“ der Trauernden behauptete. Die Wiener Polizeiführung habe „in enger Abstimmung mit Bürgermeister Häupl“ geradezu eine „Einladung zu Übergriffen“ ausgesprochen, so Gudenus jun., der wie sein Vater John auch am diesjährigen „Heldengedenken“ teilnahm. Kurzfristig abgesprungen ist hingegen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der von FPÖ-LAbg. Wolfgang Jung vertreten wurde. Den Hamburger Neonazis scheint Jungs „Totenrede“ gefallen zu haben, nennen sie diese auf ihrer Homepage doch „ehrenvoll“.

Neues von ganz rechts - Mai 2011, www.doew.at ■

Bundesregierung sollte Suchdienst-Archiv übernehmen

BERLIN. „Die Bundesregierung nimmt sich selbst die Chance, eines der wichtigsten Archive über die NS-Zeit einer breiteren Nutzung durch die Forschung zugänglich zu machen“, kommentiert Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu den Forschungsbedingungen beim Internationalen Suchdienst (International Tracing Service, IST) in Bad Arolsen. Jelpke weiter: „Der Internationale Ausschuss, der die Aufsicht über den vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz geleiteten Suchdienst wahrnimmt, trifft sich am 25./26. Mai zu seiner jährlichen Besprechung in Brüssel. Dabei will die Bundesregierung auch die Beschwerden eines Historikers thematisieren, der sich über Einschränkungen seiner Forschungsarbeit beklagt. Der Suchdienst gilt als größtes Archiv zu Holocaust und Zwangsarbeit und ist für Historikerinnen und Historiker, die sich mit der Zeit des Faschismus beschäftigen, von größter Bedeutung. Die Benutzungsordnung wird vom Internationalen Ausschuss festgelegt und sieht beispielsweise vor, dass keine kompletten Bestände abgelichtet werden dürfen. Diese Praxis wird offenbar recht rigide interpretiert: Wir haben Informationen darüber, dass ein Historiker nicht einmal eine lediglich 13 Seiten umfassende Liste holländischer Zwangsarbeiter kopieren durfte, weil diese bereits als „Bestand“ eingestuft wird. Seit 2007 hat die Bundesregierung die Möglichkeit, Kopien des gesamten digitalisierten Bestandes des Suchdienstes zu erhalten und in eigener Verantwortung für die Forschung zugänglich zu machen. Damit hätte sie die Möglichkeit, auch in eigener Regie die Benutzungsordnung zu liberalisieren und auf Beschränkungen so weit wie möglich zu verzichten. Für die Forschung wäre dies in jedem Fall ein Gewinn. Es ist für DIE LINKE nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung auf diese Möglichkeit verzichten will. Die Antwort kann auf meiner Homepage heruntergeladen werden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Zwei-Milliarden-Klage gegen Deutsche Bahn AG

Osteuropäische „Reichsbahn“-Opfer kündigen eine Sammelklage gegen die Deutsche Bahn AG an

Die in den USA vorbereitete Klage zur Rückzahlung von Bahn-Einnahmen bei den NS-Massendeportationen wird in der Bundesrepublik unterstützt. „Ansprüche der Überlebenden, die von der ‚Deutschen Reichsbahn’ zu Millionen in die Lager verschleppt wurden und dafür auch noch zahlen mussten“, seien „in vollem Umfang berechtigt“, schreibt die von der EU geförderte Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ in einer Stellungnahme zu dem am Wochenende bekannt gewordenen Klageauftrag in den USA.

Demnach verlangen mehrere Tausend Überlebende aus Osteuropa, dass die heutige Deutsche Bahn AG sämtliche Tateinnahmen, die ihr aus dem Erbe der „Deutschen Reichsbahn“ zuflossen, an die Opfer zurückerstattet. Für die Deportationen berechnete die „Reichsbahn“ Kilometergelder. Fahrten in den Tod stellte sie bei Kindern mit Rabatten in Rechnung. Die Sammelklage auf Rückerstattung wollen die Überlebenden wegen der dortigen Rechtslage im Juni in den USA einreichen. Laut einem Gutachten des „Zug der Erinnerung“ betragen die Deportationseinnahmen aus der Mordbeihilfe der „Reichsbahn“ mindestens 445 Millionen Euro heutiger Währung. Unter Anrechnung sämtlicher Zinsen kommen die Klägeranwälte auf einen von der DB AG geschuldeten Betrag von knapp 2 Milliarden Euro.

NS-„Streckengänger“ bewachen Deportationszug

Nach Auffassung der Bundesregierung sind die Ansprüche der NS-Opfer erledigt. Rechtliche Verpflichtungen deutscher Täterunternehmen oder deren Nachfolger bestünden nicht, da sie durch Zahlungen in einen nationalen Stiftungsfonds („Stiftung EVZ“, Berlin) entlastet seien. Laut Stiftungsgesetz wurde NS-Opfern zwei Jahre Zeit gegeben, ihre Schädigung zu belegen, um aus diesem Fonds Mittel zu erhalten. Wer den Stiftungsbedingungen nicht nachgekommen ist, habe jeden Anspruch verwirkt. Hunderttausende gingen leer aus. Auch die Deutsche Bahn AG genieße „Rechtsfrieden“, argumentiert die Bundesregierung.

Hingegen heißt es in der Stellungnahme der Bürgerinitiative, „Rechtsfrieden“ müssten „an erster Stelle die Opfer“ erfahren. Ihnen habe die DB AG „moralische und materielle Anerkennung ihres Leidens“ zu gewähren. Die angekündigte Klage in den USA werde das deutsche Stiftungsgesetz an internationalen Rechtsstandards zu messen haben.

Der private Verein, der von der Europäischen Union wegen seines bürgerschaftlichen Engagements 2010 ausgezeichnet wurde, hatte an die Deutsche Bahn AG mehrfach appelliert, mit den betroffenen Opferorganisationen und der deutschen Zivilgesellschaft in Gespräche über Schuld und Schulden der „Reichsbahn“ einzutreten. Sämtliche Appelle seien ignoriert worden, heißt es in der Stellungnahme. Das Ergebnis dieser Strategie seien nun internationale Rechtsauseinandersetzungen, die das Unternehmen teuer zu stehen kommen könnten.

Zug der Erinnerung, Mai 2011
www.zug-der-erinnerung.eu ■

Bad Reichenhall „Wo die Zeit Urlaub macht“

Am Samstag 21.05.2011 demonstrierten in Bad Reichenhall über 200 Menschen gegen „rechte Traditionspflege, Nazis und den militaristischen, nationalistischen deutschen Normalzustand“. Die Antifaschist_innen kritisierten die geschichtsrevisionistische Gedenkpolitik in der oberbayerischen Provinzstadt und wurden aus der Bevölkerung heraus auch prompt mit dem Hitlergruß bedacht.

Anlass für die Demonstration war der 70. Jahrestag der deutschen Invasion auf Kreta. „Skines, Distomo, das war Mord – Entschädigung der Opfer jetzt sofort!“ schallte es entsprechend durch die Kurstadt, die selbst mit dem zweideutigen Motto „Wo die Zeit Urlaub macht“ um Tourist_innen wirbt. Skines und Distomo sind Ortschaften in Griechenland, die Schauplatz grausamer Massaker der deutschen Wehrmacht waren. Die Zerstörung der Ortschaft Skines und die Erschießung von 148 kretischen Zivilist_innen am 1. August 1941 ist den Bad Reichenhaller „Gebirgsjägern“ der 5. Division nachzuweisen.

Die Veranstalter_innen vom RABATZ-Bündnis halten es für einen Skandal, dass in Bad Reichenhall neben einer jährlichen Gedenkfeier, auch noch eine Brücke den Überfall der Wehrmacht auf Kreta glorifiziert. Auf der Demonstration wurde die Umbenennung der Kretabrücke in „Winkler-Reischl-Brücke“ gefordert. Johann Winkler und Gottfried Reischl waren Kommunisten aus Bad Reichenhall. Sie stellten kleine antifaschistische Agitationszettel her und steckten diese in Bad Reichenhaller Gaststätten in die Mäntel von Soldaten. Beide wurden von den Nazis ermordet.

Eine Initiatorin der „Mittenwaldkampagne“ thematisierte in ihrer Rede ausführlich die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und sprach von einem „Kult von Männlichkeit, Körperkraft und siegreichem Kampf gegen die Natur, alles wesentliche Elemente nationalistischer Ideologie“, für welchen die Gebirgstruppe stand. Weiterhin kritisierte sie die Namensgebung der Bad Reichenhaller Kaserne nach General Konrad, „der sich als antisemitischer Schlächter im Vernichtungskrieg auf der Krim bewies“ und 1943 in einem Befehl erklärte: „Die Juden sind unser Unglück“.

Das RABATZ-Bündnis zeigte in einem Redebeitrag, das, während in Bad Reichenhall noch recht unverhohlen die Taten der nationalsozialistischen Gebirgstruppe glorifiziert werden, sich vielerorts eine Gedenkpolitik etabliert hat, nach der, gerade aus den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands eine Verantwortung für das „geläuterte“ Deutschland und seine Armee erwachse. So werde eine positive Identifikation mit Nation und Militär geschaffen. Dass dieses „geläuterte“ Deutschland aber weiterhin die Entschädigung von NS-Opfern verweigert, wurde in einem Redebeitrag des Hamburger „AK-Distomo“ deutlich, welcher aktiv die Forderungen von NS-Opfern und Überlebenden aus Distomo vertritt.

Die Notwendigkeit einer antifaschistischen Intervention in Bad Reichenhall stellen die Störversuche von neonazistischen Kleinstgruppen während der Demonstration unter Beweis, welche zum Teil sogar offen den Hitlergruß zeigten. Auf der Abschlusskundgebung wurden in einem Redebeitrag noch zahlreiche weitere Beispiele für die Aktivitäten der lokalen Neonaziszene aufgezeigt. Auch der Bericht eines ehemaligen Schülers des Bad Reichenhaller Gymnasiums über eine Vielzahl unglaublicher Vorfälle zeigte, wie wichtig diese Demonstration war. Besonders drastisch war dabei, dass eine Lehrkraft in einer Vertretungsstunde den Holocaust leugnete. Sie behauptete, die Verbrennungsöfen und Gaskammern in Auschwitz seien erst nach dem Krieg und von den Amerikanern errichtet worden.

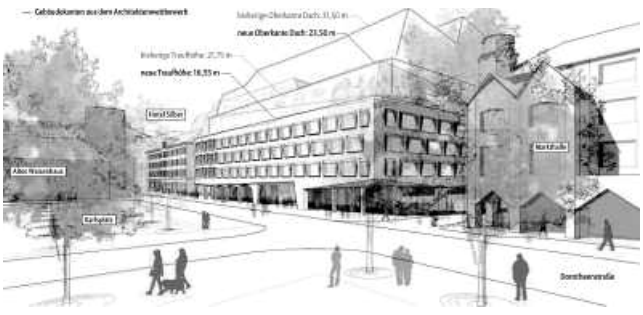
Ob auch im nächsten Jahr eine antifaschistische Demonstration in Bad Reichenhall stattfindet ist derzeit noch unklar. „Das hängt unter anderem mit der politischen Entwicklung in Bad Reichenhall zusammen“, heißt es aus RABATZ-Kreisen. *aus PM RABATZ-Bündnis*

Mehr Infos:
www.bad-reichenhall.org ■

Hotel Silber: Geht doch?!

Das löst Freude aus: In den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 24. Mai stellt das Architekturbüro Behnisch vor, wie der Entwurf für die Gestaltung des Quartiers am Karlsplatz aussehen könnte, wenn zum einen das Gebäude „Hotel Silber“ komplett erhalten wird und zum anderen die Baumasse der Umgebung angepasst wird (s. Skizze). Martin Haas, der Architekt, sagte: „Es gab von Anfang an verschiedene Überlegungen zum Hotel Silber. Dass es komplett stehen bleibt, war schon immer Teil unserer Betrachtung.“ In den Sitzungen des Umwelt- und Technikausschusses und in öff entlichen Veranstaltungen verhielten sich Haas und Behnisch allerdings entsprechend den Wünschen der Bauherren Land und Breuninger wie der alten Gemeinderatsmehrheit.

Jedenfalls kann man auf der Abbildung in den StN sehen, dass mit der Erhaltung des Hotels Silber und geringeren Baumassen für Breuninger die städtebauliche Gestaltung am Karlsplatz besser ist. Lustig ist, dass nun alle, die sich erst ganz oder lange gegen den Erhalt des Hotel Silbers gestellt haben, jetzt die ersten sein wollen, die dafür waren. SPD und SÖS-Linke haben jeweils Anträge eingereicht, um die Frage des Gedenk-, Lern- und Forschungsorts weiterzuentwickeln. Im städtischen Internet sind sie zu finden unter http://www. stuttgart.de/external/show/antraege_anfragen: Antrag 197/2011 vom 16.5.2011 von SÖS und Linke: „Hotel Silber vorwärts bringen“, Antrag 200/2011 vom 16.5.2011 von der SPD: „Erhalt des Hotels Silber“. *Ulrike Küstler* ■



Kompromiss am Karlsplatz möglich, StN 24.5.2011

Zwiespältiger Umgang mit der Geschichte des Arbeiterwiderstandes an der Ruhr

Bedenkliches aus Oberhausen und Essen und Ermutigendes aus Dortmund

In Essen und Oberhausen ist jetzt die Geschichte des Arbeiterwiderstandes abgewickelt worden. In Oberhausen wurde daraus ein winziger liebloser Teil der „Geschichte Oberhausens im NS“. In Essen wurde die Sammlung an Büchern über „Widerstand und Verfolgung 1933 bis 1945“ aufgelöst, die gleichnamige Ausstellung wurde in den Keller einer Schule verbannt – fast unerreichbar, denn es gibt kein Personal zur Betreuung; wer die Ausstellung sehen will, muss einen Schlüssel bei der Schulbehörde abholen. Der Vermittlung des Widerstandes geht es schlecht im Lande.

In der Präambel des Bundesentschädigungsgesetzes heißt es zwar: „Der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens Willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand war ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes und Staates.“ Für Kommunisten galt das aber zumeist nicht, ihnen wurde der Widerstand gegen Hitler oft wie ein kriminelles Vorleben als straferschwerend angerechnet. Ihr Widerstand – immerhin stellten sie 75 % des namentlich bekannten Widerstandes gegen die Nazis – gilt in Museen als nicht vorzeigbar.

Die Umwidmungen der Erinnerungsarbeit hin zum Gedenken an „die beiden Diktaturen“ und gegen „Extremismus“ – mit antikommunistischem Ausschlag – ist europaweit in vollem Gange. Es gibt dagegen kaum Widerspruch von Sozialdemokraten. Dabei trifft der Versuch der Eliminierung des Arbeiterwiderstandes aus dem Gedächtnis der Menschen auch sie selbst. Oberhausen und Essen werden von der SPD regiert.

Mit den Ausstellungen droht auch jeder Rest des gemeinsamen Erinnerns von Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilosen Arbeitern zu verschwinden, der sie noch verband. Und der Rest des Erinnerns auch an die gemeinsamen, in qualvollen Prozessen erworbenen Lehren.

Besonders in Oberhausen sind die Veränderungen schmerzlich. Von den bisherigen Bestandteilen der Gedenkstätte gibt es jetzt nur noch Karl Muschaleks 1962 entstandenes Relief „Nur die Wahrheit wird uns frei machen“. Es ist nun aber so, dass dies die Hauptlosung der Holocaustleugner geworden ist. Das Relief hat seine Unschuld verloren. Es wäre entbehrlich wie die Statue „Die Trauernde“ vom Nazibildhauer Willy Meller vor der Gedenkhalle. Doch Relief und Statue sind noch da. Hätte man dann nicht wenigstens auch Walter „Kuro“ Kurowskis Wandbild mit Fasia und ihren Genossen nebst VVN-Fahne erhalten können? Aber das musste ja weg. Ich fragte die Gedenkstättenleitung: Warum? Wohin? Darf man es erwerben? Kann man eine Kopie bekommen? Ich blieb ohne Antwort.

In der Broschüre „Den Opfern gewidmet – Auf Zukunft gerichtet“ Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in NRW, (hg. Landeszentrale für politische Bildung und AK NS-Gedenkstätten NW e.V., 4. und damit letzte Auflage 1998) findet man auf Seite 85 u.a. zur Gedenkhalle Oberhausen die Grobgliederung der bis 2008 gezeigten Dauerausstellung:

Punkt 1: „Ende der Weimarer Republik – Wahlen 1930, 1932 und 1933 – Situation und politische Haltung der Industrie“ …. Punkt 5: „Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Oberhausener Industrie“ …

Die neue Ausstellung enthält diese Punkte jedoch nicht mehr oder nur arg gerupft.

Zu 1: Adolf Hitler und sein Regime scheinen am 30. Januar 1933 irgendwie vom Himmel auf Oberhausen herabgefallen zu sein. Gutehoffnungshütten-Boss Paul Reuschs Brief an Hindenburg von 1932 war in der alten Ausstellung noch zu sehen: Er wünsche Hitler an der Macht. Die Industrie an Rhein und Ruhr hat offenbar mit dem NS-Regime nichts zu tun, glaubt man der neuen Ausstellung. Erst im Krieg – so wird angedeutet – machte sie sich den Nazis nützlich, denn sie wollte an der Rüstung verdienen. Das wollte sie schon seit 1930 und früher, sie half Hitler daher, an die Macht zu gelangen.

Zu 5: Die grausamen Verbrechen der Wirtschaft an den Zwangsarbeiter/innen werden nunmehr verschwiegen. Wenn es diesen nicht gut ging, dann lag es an den Verordnungen der Gestapo usw., von denen einige in der neuen Ausstellung zu besichtigen sind.

„Faschismus kommt nicht über Nacht“ hieß die alte Ausstellung und sie thematisierte den Widerstand und die Verfolgung. Wie kommt es zum Faschismus? Was erfährt man darüber in der neuen Ausstellung? Das ist doch die wichtigste Frage! Kann man widerstehen? Auch das wird nicht beantwortet; es gibt nur ein paar lieblose Kurzbiographien aus dem Widerstand.

Ausstellungseröffnung am 29. April 1985. Von links: Klaus Oberschewer (Konzept, Texter der vorigen Ausstellung in der Gedenkhalle Oberhausen), Fritz Jahnke, Widerstand; Hans Müller, Widerstand; Johann Grohnke, Widerstand. Symbolisch der Spruch über dem Eingang der Gedenkhalle: Wenn wir vergessen, sind wir schon mitten drin. Foto: Ulrich von Born

Das Bild zeigt einen großen Ausschnitt aus dem Kurowski-Wandgemälde der bisherigen Ausstellung in dem Vorraum der Gedenkhalle (bis 2007 existent). Rechts eine Gruppe von Widerstandskämpfern aus Oberhausen. Links: Die Schuldigen an Krieg, Holocaust und NS. Foto: Archiv Korowski

Schließlich sei aber auch noch eine ermutigende Tatsache aus dem Bereich der Erinnerungsarbeit angefügt. Und zwar aus einer anderen Ruhrgebietsstadt:

In Dortmund hat es noch keine erkennbaren behördlichen Bemühungen gegeben, den Arbeiterwiderstand an den Rand zu drängen und die Mahn- und Gedenkstätte in der Steinwache „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945“ umzuwidmen. Hier haben sich das Internationale Rombergparkkomitee und der Förderverein Gedenkstätte Steinwache sogar vereint. Beide Gremien haben sich seit vielen Jahren für die Gedenkstätte in

Ein Film über zwei außergewöhnliche Antifaschisten

„Zeit für Zeugen“ ab Juli 2011 als DVD erhältlich

Am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, hatte in Frankfurt am Main der Film „Zeit für Zeugen“ Uraufführung. Der Film ist eine Hommage an Ettie und Peter Gingold. Die beiden 2001 und 2006 verstorbenen jüdischen Antifaschisten, Kommunisten und Widerstandskämpfer gegen das Naziregime, waren zwei außergewöhnliche Menschen. Als jüdische Emigranten kämpften sie in den 40er Jahren in der französischen Widerstandsbewegung Resistance. Nach der Befreiung lebten sie in Frankfurt am Main und waren als Kommunisten aktiv in ihrer Partei, in der Friedensbewegung, den Gewerkschaften und vor allem in der antifaschistischen Bewegung.

Peter Gingold gehörte in der Bundesrepublik zu den aktivsten Nazigegnern. Zeit seines Lebens kämpfte er gegen alles Faschistische, für Frieden, Freiheit und Demokratie, für sozialen Fortschritt und für eine bessere Gesellschaft.

Ettie Gingold war eine der engagiertesten Kriegs- und Rüstungsgegnerinnen. Sie allein sammelte 12.000 Unterschriften unter den Krefelder Abrüstungsappell und war bei nahezu allen Aktionen der Friedensbewegung dabei.

Wenn Peter Gingold, der an vielen antifaschistischen Aktionen mitwirkte und bei kaum einer Antinazi-Kundgebung oder Demo fehlte, vor Schülern, Jugendgruppen oder auf anderen Veranstaltungen von seinen Erlebnissen und Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus sprach, dann fesselte und beeindruckte er immer wieder seine Zuhörerinnen und Zuhörer durch seine unkonventionelle, lebhafte und offene Art der Schilderungen und des Gesprächs. Vor allem bei jungen Menschen fand Peter Gingold Anklang und Aufmerksamkeit. Er berichtete eindrucksvoll aus eigenem Erleben, argumentierte locker und lebensnah, und verzichtete auf Stereotypen. Er war deshalb ungemein glaubwürdig und überzeugend.

Mit seinem antifaschistischen Engagement fand der Kommunist Peter Gingold Achtung und Anerkennung auch bei Menschen anderer Auffassungen und Anschauungen, ja selbst bei politischen Gegnern. Er selbst trat immer wieder für breitestmögliche Bündnisse im Kampf gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus ein. Dabei verstand er es,

auf Antifaschisten aller Spektren und Couleur integrierend einzuwirken. Peter Gingold war bei autonomen Antifaschisten ebenso angesehen wie bei „traditionellen“ und „bürgerlichen“ Nazigegnern.

Über eben dieses Wirken und über Erlebnisse und Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf berichtet die etwa 30minütige Filmdokumentation „Zeit für Zeugen“ informativ, lehrreich und eindrucksvoll mit Aufzeichnungen und Ausschnitten von Aufnahmen, Videos, Filmen und Fernsehberichten über die Gingolds sowie mit der Wiedergabe von Interviews mit jüngeren und älteren Zeitzeugen, die die Gingolds noch erlebt haben. Sie geben ihre Erlebnisse und Eindrücke als Zeugen der Zeit wieder. Zu den so Interviewten gehören neben anderen Rolf Becker, Esther Bejarano, Ulla Jelpke, Elisabeth Abendroth, Heinrich Fink, Conny Kerth und Ellen Weber.

Bei der Uraufführung im Großen Saal des Frankfurter Gewerkschaftshauses fand der Film bei den Teilnehmern der überfüllten Veranstaltung große Zustimmung und Anerkennung.

Produziert wurde der Film im Auftrag der Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative von der Mainzer Filmwerkstatt Kontrastfilm. Die Autoren sind Mathias Meyers und Tidi von Tiedemann. Ermöglicht wurde die Herstellung des Films durch die finanzielle Unterstützung des Frankfurter Vereins LAGG (Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim), der die Erinnerung und Aufklärung über die Nazizeit in den beiden Frankfurter Stadtteilen und insbesondere über das KZ-Außenlager Katzbach in den Frankfurter Adlerwerken zum Ziel hat.

Ab Mitte Juli wird der Film „Zeit für Zeugen“ – ergänzt durch weiteres Material wie Dokumente, Redentexte und Verweise auf weitere Quellen – als DVD erhältlich sein.

Zu empfehlen ist die Verwendung bei Veranstaltungen, insbesondere aber auch als Unterrichtsmaterial in Schulen, für Jugendgruppen usw.

Zu beziehen ist die DVD bei der Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative in Frankfurt am Main. Informationen dazu finden sich auf der Webseite **www.gingold-initiative.de** und über **info@gingold-initiative.de**

P.C.Walther ■

Dortmund und für die Gedenkarbeit – mit Veranstaltungshöhepunkten am Gründonnerstag und Karfreitag jeden Jahres – verdient gemacht. Das verstorbene Ehepaar Lore und Heinz Junge haben bleibende Verdienste um die Gremien wie auch die bisherige Generalsekretärin des Internationalen Rombergkomitees Gisa Marschefski. Der zum neuen gemeinsamen Vorsitzenden gewählte frühere Gewerkschaftssekretär Ernst Söder erklärte: „… werden wir die jährlich stattfindenden internationalen Gedenkveranstaltungen in der Bittermark bei Dortmund (in der Nähe eines Massengrabes von NS-Opfern) mit gestalten. Nach wie vor erscheint es uns wichtig, die heutige und die nachfolgende Generation über das Wesen und die Ursachen des Hitlerfaschismus und die begangenen Verbrechen sowie den antifaschistischen Widerstand aufzuklären. Dies umso mehr, nachdem die Neonazis immer wieder versuchen, die Verbrechen des Faschismus zu leugnen.“

Dem Vorstand gehören neben Aktivisten aus SPD, DKP und Linkspartei solche aus der VVN-BdA, den Jugendverbänden, der Arbeiterwohlfahrt, den Gewerkschaften, der Auslandsgesellschaft, Künstler und Publizisten sowie Zeitzeugen an, die als Kinder Krieg und Faschismus erlitten haben. Sie wollen die Erinnerungsarbeit gemeinsam betreiben, wie auch aktuell in die Kämpfe gegen die Neonazis und die Militaristen eingreifen. Ein Stück linker Einheit. Der stellvertretende Vorsitzende Norbert Schilff (Fraktionsvize der SPD im Rat der Stadt) fasste es zusammen: „Dass Dortmund zum Zentrum der Nazis werden konnte, ist eine Schande für die Stadt. Aber hervorzuheben ist der Konsens des Antifaschismus, der seit dem Kalten Krieg besteht und durch diesen nicht zerstört werden konnte, der Konsens der Kräfte von der SPD bis weit links von der SPD. Ja man kann fast von einer Volksbewegung gegen Rechts sprechen. Die Forderung der CDU nach Ausgrenzung der Linken wird nicht zum Zuge kommen.“

Ulrich Sander

mehr Infos: www.nrw-vvn.bda.de ■

Der Front National als „soziale“ Alternative?

Umweltschutz auf bizarre Art: „Was haben die noch mal gegen Halogenlampen?“ fragt sich ein Passant, der in einer kleinen Gruppe von Zuschauern steht, beim Vorbeilaufen der rechtsextremen Demonstranten. Könnte es am hohen Energieverbrauch der Halogenstrahler liegen? Aber nein, aber nein: Was die kurzgeschorenen jungen Männer da rufen, bezieht sich nicht auf die Halogenlampen. Vielmehr rufen sie: „Nein zu den Allogenen“, also den Fremdstämmigen – unter Benutzung eines aus dem Altgriechischen rührenden Worts, das ein Gegensatzpaar mit dem Begriff „Autochtone“ bildet. Beides, halogènes und allogènes, wird im Französischen nahezu gleich ausgesprochen.

Am diesjährigen 1. Mai-Aufmarsch des Front National (FN) waren sie offiziell unerwünscht, die Glatzen in Bomberjacken und andere Neonazis. So hatte es die neue Parteichefin Marine Le Pen verkündet, und in Rundschreiben an die Parteigliederungen war angeordnet worden, dass Teilnehmer in „folkloristischem Look“ – mit extremen Kurzhaarschnitten und treillis-rangers, also Militärklamotten und Springerstiefeln – von der Anmeldung auszuschließen seien. In der Vergangenheit waren oft auch militante Neonazis mit den Reisebussen der Partei aus anderen Regionen Frankreichs am 1. Mai nach Paris getourt. Unter ihnen jene Schläger aus Reims, die an diesem Datum im Jahr 1995 den Marokkaner Brahim Bourram in die Seine warfen und ertränkten.

Doch die neue Parteilinie möchte ein solches Publikum gerne offiziell fernhalten. In Wirklichkeit war das angesprochene Milieu dann doch dabei, aber in etwas manierlichere Kleidung gesteckt. Zum Teil ging es in diesem Jahr auch im parteieigenen Ordnerdienst auf, anstatt hinter eigenen Transparenten herzulaufen. Nichtsdestotrotz wurde etwa Serge Ayoub, in den achtziger Jahren Chef der Skinheadgruppen des Pariser Umlands, der heute ein nationalrevolutionäres Veranstaltungslokal in der Hauptstadt betreibt, persönlich gesichtet.

Dass die Neonazi„folklore“ in diesem Jahr nicht so stark auffiel, dafür sorgte allerdings die größere Zahl sonstiger Teilnehmer, aufgrund derer die besonders markanten rechtsradikalen Marschierer in einer Mehrheit „normal“ aussehender Demonstranten optisch untergingen. Nach einem starken Abfall der Teilnehmerzahl im zurückliegenden Jahrzehnt ist die Beteiligung am 1. Mai-Aufmarsch des FN wieder gestiegen. Knapp 1.500 waren sie vor zwei Jahren, rund 2.000 im letzten Jahr. Am vorvergangenen Sonntag dagegen überstieg ihre Anzahl die 3.000. Die Aussichten auf ein hohes Wahlergebnis für Marine Le Pen, die derzeit aus den Umfragen hervorgehen, scheint die Anhängerschaft des FN zu beflügeln.

77 mal „Freiheit“, nur sechs mal „Jeanne d’Arc“ zitiert

Jährlich demonstriert an diesem Datum, seit 1988, die rechtsextreme französische Partei „zu Ehren von Jeanne d’Arc“. Also der so genannten Jungfrau von Orléans, die einer seit dem späten 19. Jahrhundert verbreiteten nationalgeschichtlichen Legende zufolge im 14. Jahrhundert „Frankreich befreite“, indem sie im Hundertjährigen Krieg Truppen in den Krieg gegen die Engländer anführte. In Wirklichkeit gab es damals überhaupt keine Nationalstaaten, sondern einen Flickenteppich aus Feudalherrschaften, die über heutige Landesgrenzen hinweg in wechselnden Allianzen miteinander verbündet oder verfeindet waren. So hielt die heutige französische Region Burgund, ebenso wie die Bischöfe des Landes, damals zur englischen Krone und gegen den in Paris ansässigen Monarchen.

Seit 1988 war es üblich, dass der frühere Parteichef und jetzige Ehrenvorsitzende des FN, Jean-Marie Le Pen, seine Rede an diesem Tag mit Betrachtungen über diese Geschichtslegende vom nationalen Befreiungskrieg gegen die ausländische Besatzung eröffnete. In den folgenden Passagen kommentierte er dann das aktuelle soziale und politische Geschehen. Auch seine Tochter und Nachfolgerin im Parteivorsitz, Marine Le Pen, wich in diesem Jahr nicht von der Regel ab. Auch sie setzte mit Jeanne d’Arc ein. Und doch unterschied sich ihre Ansprache, die wie zu Zeiten ihres Vorgängers rund eine Stunde dauerte, erheblich von dessen traditionellem Redeprogramm.

So zitierte Marine Le Pen den Namen der „Nationalheiligen“ zwar sechs mal, doch insgesamt 77 mal fiel das Wort „Freiheit“ in ihrer Rede. Der Begriff *liberté* war zuvor auch von zahlreichen Teilnehmern der FN-Demonstration auf mitgeführten marineblauen Schildern vorneweg getragen worden. Es sollte ein Eindruck erweckt werden, der den beim FN gewohnten Hassdiskurs gegen die „Allogenen“ – wie es die jungen Demonstranten aus dem Raum Lyon, einem besonders extremen Regionalverband der Partei, in diesem Jahr ausdrückten – überlagert. Die „Freiheit“, die Marine Le Pen meinte, ist allerdings ganz vorwiegend eine nationale, die sich gegen die supranationalen Institutionen – besonders jene der Europäischen Union – oder die Einheitswährung Euro richtet.

Freiheit, national durchdekliniert

In diesem Zusammenhang zitierte die Rednerin dann auch die Devise der Französischen Revolution, die bis dahin eher ein Hassobjekt für Rechtsextreme bildet, und sprach von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Gleichzeitig bemühte sie sogar den Kampf gegen die Sklaverei, in dem Sinne, dass Gleichheit und Brüderlichkeit zwar gute Dinge seien, aber auch unter Sklaven existieren könnten, falls ihnen nicht die Dimension der Freiheit hinzu trete. Ihr Vater hingegen hätte negative Äußerungen darüber, angesichts der Geschichte Frankreichs als einer der größten Sklavenhändlernationen im 17. und 18. Jahrhundert, als „olle Kamellen“ und „nationalen Masochismus“ abgetan.

Als Kronzeugen für ihre – national definierte – Freiheitsforderung zitierte Marine Le Pen dann Victor Schoelcher, jenen französischen Republikaner, der 1848 die Sklaverei gesetzlich abschaffen ließ, und Charles de Gaulle. Unübliche Referenzen für die extreme Rechte des Landes.

Traditioneller wurde es, als sie gegen „Masseneinwanderung“ agitierte, ganz wie zuvor der Herr Papa. Einige Beobachter behaupteten sogar, sie habe ein unausgewiesenes Zitat von Robespierre, dem 1794 (aufgrund von Machtkämpfen in der jungen Republik) hingerichteten bürgerlichen Revolutionär, in ihrem Redetext platziert.

„Freiheit“ deklinierte sie ansonsten allerdings durchaus auch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet durch. Als Freiheit vom Druck der etablierten Gewerkschaftsverbände, die sich derzeit durch Ausschlüsse gegen sich häufende Unterwanderungsversuche des FN zur Wehr setzen: Ihnen sollen zukünftig „freie“ Gewerkschaften entgegen gesetzt werden, und den bestehenden Verbänden wird „Transparenz über ihre Finanzierungsquellen“ angedroht.

Der angekündigte Gewerkschafterblock bei der FN-Demonstration beschränkte sich dann jedoch auf ganze zwei Personen mit einem Transparent: „Für nationale Gewerkschaften“. Abwesenheit von Freiheit, beklagt die Rednerin, treffe aber auch die durch „die Steuerlast“ erdrückten Mittelständler und Kleinunternehmer, ebenso wie die Arbeitslosen. „Freiheit“ steht bei Marine Le Pen ferner für die Ablehnung des „Einheitsdenkens“ und der Politically Correctness in den Medien, wofür sie als Kronzeugen neokonservative Journalisten und „Islamkritiker“ wie Robert Ménard und Elisabeth Lévy sowie den EU-Kritiker und Fernsehjournalisten Eric Zemmour anführt. Auch soll „Freiheit“, so wie Marine Le Pen dieselbe versteht, gegen Kontrollen des Internet gerichtet sein.

Marine Le Pen am 1. Mai

Neues Wirtschaftsprogramm in Ausarbeitung

Die sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik der extremen Rechten wird auch in einem Programm-Vorentwurf, der auf einer Pressekonferenz am 8. April auszugsweise vorgestellt wurde, näher ausgebreitet. Ein stärker ausgearbeitetes Programm soll dann bis im Juni dieses Jahres fertig vorliegen.

Erstmals seit langen Jahren versuchte der FN dabei auch „Kompetenzen" aus der Wirtschaftswelt als Urheber ihres Gedankenguts zu präsentieren. Allerdings blieben der Bänker „François" – der mit seiner PowerPoint-Präsentation an der Pressekonferenz teilnahm, von dem die Medien allerdings nichts als den Vornamen erfuhren – und ein angeblich ebenfalls mitwirkender „hoher Beamter aus dem französischen Finanzministerium" dabei zum Missfallen der anwesenden Journalisten anonym. Aus Furcht vor Repressalien, wie verlautbarte. Ihre Identität enthüllten hingegen David Masclé, ein neuer Parteiintellektueller mit mehreren Eliteabschlüssen, und der 84-jährige frühere Rechnungsprüfer Jean Roux, der allerdings nicht persönlich bei der Pressekonferenz auftrat. Roux war nach dem Zweiten Weltkrieg einstmals Kommunist gewesen und hatte damals ein 400seitiges Lehrbuch für Marxismus-Leninismus verfasst. Später hatte er der Partei den Rücken gekehrt und den sozialdemokratischen Präsidenten François Mitterrand unterstützt. Heute definiert er sich vor allem als Gegner der EU-Einbindung.

Roux und andere hinterließen ihre Handschrift in einem Programm, das stärker als früher die Rolle der staatlichen Rahmenplanung in der Wirtschaft unterstreicht und Staatsintervention gutheißt. Die ersten Wirtschaftsprogramme des FN in den achtziger Jahren hatten diese, im Gegenteil, verteufelt und vor allem gegen Steuerlast und Sozialstaat gewettert. Doch heute versucht die rechtsextreme Partei vor allem an den Widersprüchen anzusetzen, die sich aus den Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung – etwa der weltweiten Konzentration vieler industrieller Produktionszweige in China – ergeben. So fordert die Partei protektionistische Maßnahmen und stellt die verschärfte internationale Exportkonkurrenz sowie die Auslagerung von industriellen Produktionswerken als Haupt-, ja quasi Alleinursache sozialer Probleme dar. Auch soll ein stärkeres staatliches Bank- und Kreditwesen aufgebaut werden.

Daneben ist das neue Wirtschaftsprogramm des FN stark um den „Ausstieg aus dem Euro" herum aufgebaut. Während beim Eintritt in die europäische Einheitswährung rund 6,5 französische Francs gegen einen Euro getauscht wurden, soll – so malt es der FN aus – beim Wiederaustritt nunmehr ein Euro je einem neuen Franc entsprechen. Ausgestattet mit der neuen Nationalwährung, soll Frankreich diese in der Folge dann allerdings schnell „um 20 Prozent abwerten", um seine Ausfuhren zu verbilligen und seine Exporte zu stimulieren. Auf Dauer soll Frankreich so also in einen verschärften Wettbewerb, ja Wirtschaftskrieg, nunmehr auch gegen andere europäische Staaten, eintreten.

„Klassisch" für eine rechtsextreme Partei wird das Programm dann dort, wo es um Einwanderung geht. Bei Arbeitsplätzen und Sozialleistungen soll – wie beim FN üblich – ein absoluter „Inländervorzug" eingerichtet werden. Unternehmen, die Einwanderer beschäftigen, sollen dafür zur Strafe um 35 % höhere Sozialabgaben pro Person abdrücken.

„Volkskapitalismus": eine uralte Idee à la Thatcher

Am 13. Mai d.J. (ausgerechnet!, aber wir möchten ja nicht abergläubisch sein) präsentierte Marine Le Pen der französischen Öffentlichkeit einen neuen Vorstoß zu sozial- & wirtschaftspolitischen Themen. Dieses Mal handelte es sich um ihre Vorschläge zum Thema „Kaufkraft", das einen Kernbestandteil ihres Wahlkampfs im kommenden Jahr bilden solle. Und dies, natürlich, im Kontext allgemein sinkender Reallöhne und abnehmender Kaufkraft der lohnabhängig Beschäftigten.

Zu den herausragenden Elementen dieses Bündels an Vorschlägen zählt vor allem die Forderung nach einem „Volkskapitalismus", in Gestalt einer Beteiligung der Lohnabhängigen (in Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeiter/inne/n) am Aktienkapital ihrer Unternehmen. Dies setzt übrigens voraus, dass ein Unternehmen als Aktiengesellschaft oder jedenfalls Kapitalgesellschaft und jedenfalls nicht als Personengesellschaft strukturiert ist; eine Reihe von Firmen blieben also von dem Vorschlag notwendig ausgeschlossen.

Die Idee, über die Streuung von Aktienbesitz an eine bedeutende Zahl von (Klein-)Aktionären einen „Volkskapitalismus" einzuführen, ist übrigens zwar

→

DGB-Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora/Nordhausen: „...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir."

Am 2. Mai 1933, drei Monate nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, besetzten SA-Schläger und Polizei überall in Deutschland die Büros und Versammlungsräume der Gewerkschaften. Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre nahmen sie in Haft; viele wurden misshandelt oder sogar ermordet. Auch in Nordhausen zogen SA- und SS-Trupps an diesem Tag zu den Gewerkschaftssitzen, u.a. zum Volkshaus „Eintracht" in der Geseniusstraße. Mehrere Nordhäuser Gewerkschaftler wurden in „Schutzhaft" genommen und in Konzentrationslager eingewiesen. Einen Monat später fand eine zweite Verhaftungswelle statt.

Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften versuchten die Nationalsozialisten, den Widerstand aus der Arbeiterschaft zu brechen. Zugleich propagierten sie die vermeintlich klassenlose „Volksgemeinschaft" und schufen mit der „Deutschen Arbeitsfront" (DAF) eine nationalsozialistische Pseudo-Einheitsgewerkschaft.

An diese Ereignisse erinnert eine Wanderausstellung der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB, die seit dem 24. Mai 2011 in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu sehen ist. 25 Schautafeln vergegenwärtigen mit zahlreichen Fotos und Dokumenten diesen Tiefpunkt in der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung und der deutschen Demokratie. Die Ausstellung zeichnet die Vorgänge chronologisch nach. Dabei beschränkt sie sich bewusst nicht auf die reine Ereignisgeschichte, sondern thematisiert auch die Ideologie der Nationalsozialisten. Diese machten der Arbeiterschaft mit der Propagierung der „Volksgemeinschaft" und des „Adels der Arbeit" ein vergiftetes Integrationsangebot. Dafür steht auch der Titel der Ausstellung: „… gerade Dich, Arbeiter, wollen wir" – ein Zitat von Robert Ley, dem Chef der Deutschen Arbeitsfront.

Die Ausstellung „...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir." ist bis 15. Juli 2011 in der ehemaligen Unterkunftsbaracke in der Gedenkstätte zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Fortsetzung: FN als ‚soziale' Alternative?

bereits ziemlich alt, aber natürlich mitnichten antikapitalistisch. Sie stammt von der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Devise ausgab, durch die Übernahme von Aktienbesitz durch vier Millionen britische Bürger/inne solle ein „Volkskapitalismus" entstehen. Unter den Erwerber/inne/n dieser Aktien sollten sich auch in den Vorstellungen Thatchers durchaus auch abhängig Beschäftigte befinden. Daran war ihr sogar besonders gelegen, denn in den Augen der wirtschaftsliberalen „Eisernen Dame" sollte deren Mentalität dadurch umgekrempelt werden: Statt als Lohnabhängige im Rahmen eines strukturellen Konflikts zwischen Kapital & Arbeit zu denken, sollten diese sich als „Miteigentümer" des Kapitals begreifen – und dessen Ziele deswegen (als „eigene Interessen", etwa an Kostensenkung und Gewinnmaximierung) möglichst übernehmen und verinnerlichen.

Konkret schlägt Marine Le Pen nun vor, insgesamt „bis zu zehn Prozent" des Aktienkapitals eines (in der entsprechenden Rechtsform strukturierten) Unternehmens unter der Bezeichnung „gesetzliche Aktienreserve" für die Beschäftigten zu reservieren. Doch, so lautet der Clou an dem Vorschlag – der durch Marine Le Pen als „Mechanismus eines Volkskapitalismus" vorgestellt wird -, diese Minderheits-Anteile am Unternehmen sollen zwar das Recht auf Beteiligung an der Dividendenausschüttung gewähren. Aber kein Stimmrecht. Also keinerlei Mitbestimmung über den Kurs und die Ziele des Unternehmens. Sprich, es handelt sich lediglich um die Vorstellung, einen Teil der den Lohnabhängigen zu gewährenden Krümel vom Tisch des Unternehmens als Kapitalanteil und nicht als Lohnerhöhung abzuwerfen.

Um den Vorschlag zu finanzieren, sollen Vorzugsaktien unter dem Titel Stock options, die bislang vor allem Managern und Vorstandsmitgliedern gewährt wurden (und besonders hohe Anteile an den Dividenden ohne Risiko versprechen), sowie golden parachutes – hohe Abfindungsgarantien für gescheiterte Unternehmensführer – abgeschafft werden. Bei der Finanzierung helfen soll aber auch die Abschaffung der angeblichen „Kosten der Einwanderung", die auf jährlich 60 Milliarden Euro beziffert werden, sowie Zölle auf ausländische Waren in Höhe von jährlich 40 Milliarden.

Ferner will der Front National, der erklärt, den Statistiken der Behörden bezüglich Inflation, Preisentwicklung und Kaufkraft zu misstrauen, bis zum Jahresende eine eigene „Beobachtungsstelle für die Kaufkraftentwicklung" einrichten.

Bernhard Schmid, Paris ■

NPD-Landesparteitag in Northeim

NPD und rechtsextremistische Kameradschaften verbieten! Dies forderte der Vorsitzende der DGB-Region Südniedersachsen-Harz auf der Abschlusskundgebung gegen den NPD-Landesparteitag in Northeim am 22. Mai 2011.

Mehr als 1.300 Menschen protestierten gegen den Landesparteitag. 300 Demonstranten wurde der Zugang zur Innenstadt verweigert. Ihnen wurde von der Polizei am Northeimer Bahnhof erklärt, sie dürften nur nach individueller Kontrolle und gegebenenfalls Personalienfeststellung an der Bündnisdemonstration teilnehmen. Eine Mehrheit weigerte sich, diese repressive und erniedrigende Maßnahme über sich ergehen zu lassen und beharrte auf einemn gemeinsamen Gang zum Auftaktort. Daraufhin wurden sie 5 Stunden festgehalten.Nach Berichterstattung auf der Seite www.endstation-rechts.de kritisierte der DGB-Regionsvorsitzende Lothar Hanisch die Entscheidung der Polizei: „Wir waren einhellig der Meinung, dass die Polizei auf die Kontrollen hätten verzichten können."

Die Stadt Northeim hatte alle möglichen juristischen Schritte unternommen, um den Landesparteitag in der Stadthalle zu verhindern. Kurz vor dem Parteitag forderte die Stadt eine Kaution als Sicherheit von 150.000 Euro von der NPD, dagegen zog die NPD vor Gericht, weil, so die NPD: „Diese Sicherheitsleistung von 150.000 Euro war zu überhöht. Das konnte sich der NPD-Landesverband nicht leisten, aber auch nicht gefallen lassen." Das Gericht legte die Summe dann auf 50.000 Euro fest, die von der NPD auch hinterlegt wurden.

Nach Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" nahmen ca. 85 Mitglieder und Anhänger, unter ihnen der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, teil. Auch auf der Internetseite www.endstation-rechts.de wird von lediglich 100 Delegierten berichtet. Die NPD behauptete als Teilnehmerzahl 200 Delegierte und Gäste. In der Berichterstattung der NPD bewertete diese den Wahlausgang des Landesvorstands so: „Die Delegierten haben somit einen jungen dynamischen Landesvorstand ins Rennen geschickt, der neben den Kommunalwahlen am 11. September auch die kommenden Landtagswahlen zu bestreiten hat."

„Der Lüneburger Christian Berisha, der als einziger Kandidat zur Wahl antrat, wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der NPD-Mann ist Kreistagsabgeordneter der „Unabhängigen Wählerliste Lüneburg" (UWL), einer NPD-Tarnorganisation. Zudem soll er dem „blick nach rechts" zufolge direkt in Aktivitäten der mittlerweile verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) verwickelt gewesen sein. Zu seinen Stellvertretern wurde Matthias Behrens von der Kameradschaft „Snevern Jungs" und Manfred Börm vom NPD-Ordnungsdienst gewählt. Weitere Mitglieder im neuen Vorstand sind Friedrich Preuß, Marco Borrmann und Stefan Klingbeil. Einzige Frau im neuen Vorstand ist die Neonazi-Funktionärin Ricarda Riefling" so im Bericht auf der Internetseite endstation-rechts.

„Mit der personellen Zusammensetzung hat sich bewahrheitet, was viele Beobachter bereits im Vorfeld befürchtet hatten: hatte schon Dammanns Wahl vor zwei Jahren eine Öffnung des Gremiums für die gewalttätige Kameradschaftsszene signalisiert, hat sich der Landesvorstand weiter radikalisiert" so die Berichterstattung im blog.zeit.de/stoerungsmelder.

Das breite öffentliche Vorgehen der Stadt Northeim hat die NPD stark gestört. Deshalb hatte der NPD-Unterbezirk Göttingen für den 28. Mai eine Kundgebung angemeldet, „um ein klares Zeichen gegen die Stadtverwaltung und insbesondere gegen den Bürgermeister zu setzen", so die NPD. Da an diesem Tag eine Großveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr stattfindet, plant der NPD-Unterbezirk Göttingen nun für den 11. Juni eine Kundgebung in Northeim. *bee* ■

Studie zu Dresden

Unter der Adresse **http://www.dresden.de/media/pdf/presseamt/studie_rechtsextremismus_110524.pdf** steht eine knapp 150-seitige Studie der Uni Bielefeld unter dem Titel „Rechtsextreme Strukturen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in der Landeshauptstadt Dresden" zum Download.Schon jetzt ist absehbar, dass sie bei den Verantwortlichen der Stadt auf halbtaube Ohren stoßen dürfte: „Die Studie ist wichtig für unsere weitere Arbeit. Im Ergebnis kann man festhalten, dass wir vergleichsweise kein großes Problem haben, aber wachsam sein müssen. Was insbesondere am 19. Februar passiert ist, war ein großer Schaden für Dresden. Die Bilder, die von hier aus um die Welt gegangen sind, schüren falsche Vorurteile und machen jede Imagearbeit zunichte. Daher werden wir uns damit auseinander setzen und überlegen, ob und wie wir die Probleme und Herausforderungen im Vorfeld lösen können", sagt Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert.

DIE LINKE. Sachsen ■

UN: Benachteiligung von Migranten in Deutschland

Von den Vereinten Nationen wurde eine anhaltende Diskriminierung von Zuwanderern und ihren Nachkommen in Deutschland kritisiert. Benachteiligungen in Beruf und Ausbildung müssten Migranten bis in die zweite Generation erdulden, beanstandete der UN-Sozialausschuss in einem veröffentlichten Bericht. Weit verbreitete Vorurteile stünden einer Gleichberechtigung der Einwanderer im Weg. Oft fehle es Migranten aber auch an Wissen über ihre Rechte. Deutschland sollte die Migranten besser in die Gesellschaft integrieren, die bestehenden Gesetze gegen Diskriminierung müssten konsequenter umgesetzt werden. Der UN-Ausschuss untersucht jeweils im Abstand von einigen Jahren die Umsetzung des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 durch die Vertragsstaaten. Dazu gehört auch Deutschland.

Quelle: Jesuit Refugee Service Europe – 23.5.2011 ■

Die EU muss endlich Verantwortung für Flüchtlinge übernehmen

„Die EU muss endlich Verantwortung für Flüchtlinge übernehmen!“ fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Die Abgeordnete reagiert mit dieser Forderung auf aktuelle Berichte über Gewalt gegen afrikanische Flüchtlinge in einem Auffanglager in Tunesien, die mindestens zwei Menschenleben kostete. Die Abgeordnete weiter:

„In dem Auffanglager in Choucha leben 4000 von den Vereinten Nationen registrierte Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea und dem Sudan. Sie waren zuvor schon in Libyen gestrandet, das sie jahrelang an der Weiterreise in die EU hinderte. Dafür gab es seitens der EU finanzielle und politische Unterstützung. Insgesamt befinden sich immer noch 6000 anerkannte Flüchtlinge in Libyen oder den umliegenden Staaten, die dringend auf Hilfe angewiesen sind.

Deutschland und die EU tragen die Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen. Nun sollten sie endlich dem Appell des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen folgen, die Flüchtlinge aufzunehmen. Gerade die Bundesrepublik als Profiteur der europäischen Abschottung sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen.“

Berlin, den 25. Mai 2011
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Bayerischer Landtag beschließt Aussetzung der Abschiebungen

München. Die Lage in Syrien hat sich weiter verschärft. Menschenrechtsorganisationen berichten von 800 ermordeten ZivilistInnen, 8000 Personen wurden verhaftet oder sind verschwunden. Bei der gestrigen Plenarsitzung wurde daher im Bayerischen Landtag beschlossen, keine Abschiebungen nach Syrien vorzunehmen, bis sich die Verhältnisse in Syrien geklärt haben. Die CSU, die einen ähnlichen Antrag im April als einzige Fraktion ablehnte, rechtfertigte ihre Zustimmung durch ein Schreiben des Bundesinnenministeriums an die Länder, mit der Empfehlung, vorläufig die Abschiebungen auszusetzen.

Florian Streibl von den Freien Wählern kommentierte die Kehrtwendung der CSU mit den Worten, dass die Fraktion schon im April „mannsgenug“ hätte sein können und sich in Zukunft trauen sollte, Entscheidungen selbst zu treffen.

„Für die betroffenen Flüchtlinge in Bayern bedeutet dies nun endlich Rechtssicherheit“, sagt Agnes Andrae vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Weiterhin besteht jedoch das Anfang 2009 zwischen der deutschen und syrischen Regierung geschlossene Rückübernahmeabkommen, das angesichts der Aussetzungen der Abschiebungen nicht weiter aufrechterhalten werden kann.“

Am Donnerstag, den 26. Mai findet im Bundestag die erste Lesung eines Antrags der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen statt, der u.a. die Aufkündigung des Rückübernahmeabkommens fordert. Daher demonstrierten am Samstag, den 21. Mai syrische Flüchtlinge und UnterstützerInnen aus ganz Bayern gegen das Abschiebeabkommen und für Demokratie und Menschenrechte in Syrien.

Quelle: Flüchtlingsrat Bayern ■

Niedersachsen bekräftigt Willen zur Abschiebung

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat per Erlass erneut seinen Willen zur Durchführung der Abschiebung von Roma in den Kosovo bekräftigt. Allen Roma-Volkszugehörigen, die es nicht geschafft haben, nach der Bleiberechtsregelung eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, droht damit weiterhin die Abschiebung, sofern sie nicht Chancen auf das kommende Bleiberecht für Jugendliche haben. Den von Abschiebung bedrohten Roma wird vorgeworfen, sich „bedauerlicherweise“ nicht ausreichend integriert zu haben. Davon betroffen sind vor allem Alte, Kranke und behinderte Menschen.

Es ist zu befürchten, dass die Abschiebung vieler Roma den offenen und latenten Rassismus gegen Roma in Kosovo weiter verstärken wird, indem sie den Regierungen und der Bevölkerung des Kosovo zu verstehen gibt, dass die Roma auch in Westeuropa nicht erwünscht sind. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport ist aber der Meinung, dass die Republik Kosovo ein demokratisch verfasster Staat ist, in der auch Vertreter ethnischer Minderheiten Sitz- und Stimmrecht haben, die soziale Situation der Betroffenen wird dabei ausgeblendet.

Zur historischen Verantwortung für den Holocaust an den Juden hat sich Deutschland bekannt und ausländerrechtliche Sonderregelungen in diesem Zusammenhang ergriffen. Gegenüber den Roma wird die historische Verantwortung weiterhin verweigert. Siehe hierzu:

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 17.5.2011 ■

Abschiebung geplant

Delmenhorst. Die Stadt Delmenhorst (Niedersachsen) plant am 31. Mai die Abschiebung eines 28-jährigen Ashkali aus dem Kosovo nach Serbien. Fitim Mujaj, unverheiratet und kinderlos, lebt zusammen mit seinen 11 Geschwistern und Eltern seit 1993 in Delmenhorst nachdem sie 1992 aus Istok (Kosovo) geflohen sind. Seither lebt er mit Aufenthaltsbefugnis (!) und anschließend mit Fiktionsbescheinigung in Niedersachsen. Trotz des mehrjährigen Schulbesuches in Delmenhorst, trotz einer 50%igen Behinderung, die ihn in vielen Lebenslagen einschränkt, und obwohl seine komplette Familie in Deutschland lebt, ist ihm ein Aufenthalt verwehrt geblieben. Und das seit fast 20 Jahren. Im Gegenteil: Nun droht die Ausländerbehörde, ihn um 4 Uhr morgens abzuholen und nach Serbien abzuschieben. Diesen Akt begründet die Ausländerbehörde in Delmenhorst scheinbar damit, dass Fitim straffällig geworden ist. Wie fast immer eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Den Jugendlichen wird keine Chance gegeben, dass führt zu unglaublichem Frust. Junge Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und sozial ausgegrenzt. Im Umkehrschluss hat die Ausländerbehörde wieder Beweise gesammelt, dass Menschen nicht „integriert“ sind. Jetzt soll Fitim in ein Land abgeschoben werden, in dem er als Ashkali ausgegrenzt, verfolgt und diskriminiert wird, wie unzählige Berichte von Menschenrechtsorganisationen belegen. Ein Land, das willkürlich als seine Heimat

Über 200 Menschen beteiligten sich an den Kundgebungen gegen Sarrazins Buchvorstellung in Aachen

Quelle: http://keinraum.blogsport.de

bestimmt wird, weil er aufgrund des Drucks der Ausländerbehörde sich einen serbischen Pass hat ausstellen lassen müssen. Wie er leben auch seine Eltern seit knapp 20 Jahren im Status der Aufenthaltsbefugnis bzw. mit Fiktionsbescheinigung. Ihre Asylanträge wurden abgelehnt, die gesellschaftliche Teilhabe wurde ihnen verwehrt und auch die Angst vor der Abschiebung wurde ihnen nie genommen.

Nachdem der niedersächsische Innenminister Schünemann am 5. Mai schriftlich auf seine Autorität und Befugnisse per Erlass hingewiesen hat, Menschen z. B. aus dem Kosovo rechtmäßig abschieben zu lassen – und gerne auch in ihnen komplett unbekannte Länder wie Serbien – zeigt der aktuelle Fall aus Delmenhorst, dass die Städte und Landkreise folgsam sind. Abschiebungen ins Elend des Kosovo sind von der Landesregierung trotz vehementer Kritik zahlreicher Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und lokaler Unterstützerinnen offensichtlich gewollt. Im Zweifel schickt man die Menschen halt irgendwo in die Nähe des eigentliche Zielortes, Hauptsache raus aus Deutschland! Die ihm vorgeworfene Willkür stellt Innenminister Schünemann, obwohl er mit dem aktuellen Schreiben eigentlich das Gegenteil vorhatte, ausdrücklich unter Beweis.

Quelle: Flüchtlingsrat Bremen – 25.5.2011 ■

Neu erschienen!

18. aktualisierte Auflage der Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" (1993 bis 2010)

Die Statistik des Bundesinnenministeriums belegt, dass im Jahre 2010 nur 21,6 % der hier schutzsuchenden Flüchtlinge einen Aufenthalt bekommen haben. Damit ist die Quote der Menschen, deren Verfolgung und Notlage in irgendeiner Weise anerkannt wurden, im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 % gesunken – obwohl gleichzeitig die Asylerstantragszahl im Jahr 2010 um etwa 50 % auf 41.332 angestiegen ist. Die Diskriminierung, Ausgrenzung, Kriminalisierung, Traumatisierung und das Elend von Flüchtlingen in der Bundesrepublik setzte sich auch im Jahre 2010 unverändert fort.

Den Flüchtlingen Sozialleistungen weit unter dem verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimum zu geben, ihnen das Arbeiten zu verbieten, sie mit Sachleistungen mangelhaft zu versorgen, ihnen medizinische Versorgung zu verweigern, ihre Bewegungsfreiheit – bei Strafe – einzuschränken und sie über Jahre hinweg zu zwingen, in isolierten Sammellagern unter gesundheitsschädigenden Bedingungen zu leben, das ist das eine Spektrum des gesetzlich zementierten bundesdeutschen Rassismus.

Die andere Seite ist der unumstößliche Abschiebewillen der Bundesrepublik. Anstatt den Menschen Asyl und Aufenthalt zu gewähren, werden sie mit kurzfristigen Duldungen, angedrohten Abschiebeterminen, Entziehung des Aufenthaltes und Kriminalisierungen jahrelang unter Druck gesetzt und dadurch traumatisiert.

Trotz Rücknahme des Vorbehaltes der BRD zur Kinderrechtskonvention werden auch 19 Jahre nach der Ratifizierung immer noch minderjährige Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen, unbegleitete Jugendliche bei der Einreise festgenommen und wegen „illegalen" Aufenthaltes zu Strafhaft verurteilt und Familien mit Gewalt getrennt. „Die Sozialleistungen für Flüchtlingskinder liegen um bis zu 54 % unter dem Niveau der Hartz-IV-Regelsätze für inländische Kinder. Vergleicht man den auf lediglich 68 Cent/Tag gekürzten Barbetrag für den persönlichen Bedarf, die soziokulturelle Teilhabe und den Schulbedarf, dann beträgt die Kürzung für Flüchtlingskinder sogar bis zu 83 %." (Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin: http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/ Classen_AsylbLG_Verfassung. pdf)

Die Dokumentation zeigt in über 6000 Einzelgeschehnissen die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die betroffenen Flüchtlinge. Sie umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2010.

- 180 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neiße ab und sind seither vermisst.
- 511 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 302 an den deutschen Ost-Grenzen,
- 160 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 62 Menschen in Abschiebehaft,
- 922 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen,
- davon befanden sich 541 Menschen in Abschiebehaft,
- 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
- 407 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt,
- 32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und
- 529 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr,
- 71 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,
- 13 Flüchtlinge starben bei abschiebeunabhängigen Polizeimaßnahmen,
- 8 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung,
- 444 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 139 Flüchtlinge in Haft.
- 68 Flüchtlinge starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte,
- 815 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,
- 15 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und
- 785 Flüchtlinge wurden durch Überfälle auf der Straße verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 398 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften starben 83 Menschen.

Die 18. Auflage der Dokumentation in diesem Jahr ausschließlich im Netz einsehbar:

www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

Ungarn inhaftiert systematisch Asylsuchende – auch Minderjährige!

Flüchtlinge aus Deutschland werden dennoch weiter dorthin abgeschoben

„No refugees in orbit“ – war ein zentraler Anspruch der sogenannten Dublin II-Verordnung, die die Zuständigkeit in Asylverfahren regelt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Immer mehr – auch minderjährige – Flüchtlinge irren nach ihrer vermeintlich sicheren Ankunft in einem europäischen Erstaufnahmestaat noch monate- bis jahrelang durch unterschiedliche europäische Länder auf der Suche nach einem Staat, der ihre Rechte anerkennt und in dem ein menschenwürdiges Leben möglich erscheint. Die Erstregistrierung in den östlichen und südlichen EU-Ländern wird vielen Flüchtlingen zum Verhängnis.

Was Anfang des Jahres in Bezug auf Griechenland ausgesetzt wurde, gilt trotz ähnlich unhaltbarer Bedingungen unverändert für Italien, Malta oder auch für Ungarn: es droht die Abschiebung in den jeweiligen europäischen Erstaufnahmestaat.„Europaweit beobachten wir ein erschreckendes Phänomen: minderjährige Flüchtlinge, die ihre Flucht innerhalb Europas fortsetzen müssen. Aus Angst vor der Abschiebung in europäische Länder, in denen ihre Kinderrechte mit den Füßen getreten werden. Niemand fühlt sich für die jungen Menschen zuständig, sie werden von Staat zu Staat hin und hergeschoben,“ so Niels Espenhorst, Referent des Bundesfachverbands „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge“.

Ungarn ist eines der klassischen Transitländer. Hier treffen sich die Wege derer, die über die Ukraine nach Westeuropa einzureisen versuchen, mit denen, deren Weiterflucht aus Griechenland sie über den Balkan hierher führte. Kaum einer will in Ungarn bleiben, zu dramatisch sind die Erfahrungen in den dortigen Flüchtlingsgefängnissen und Internierungslagern, zu dramatisch die Lebenssituation selbst anerkannter Flüchtlinge. Obdachlosigkeit, Erwerbslosigkeit, fehlende Möglichkeiten des Familiennachzugs, fehlende Bildungsmöglichkeiten und nicht ausreichende staatliche Leistungen zur Existenzsicherung bestimmen den Alltag.

Die ungarischen Behörden inhaftieren - nahezu ausnahmslos – alle Asylsuchenden. Und das trifft nicht zuletzt auch diejenigen, die als Asylbewerber aufgrund des Dublin II-Abkommens aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern dorthin zurückgeschoben werden. Im Asylgesetzentwurf von Ende 2010 wurde die zunächst vorgesehene „reguläre“ Haft von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zurückgenommen – nach heftiger Kritik verschiedener Menschenrechtsorganisationen und des UNHCR. Die Praxis sieht jedoch offenbar anders aus. „Immer wieder finden wir offensichtlich Minderjährige in den Gefängnissen. Manche sind illegalerweise inhaftiert und immer mehr sind auf dem Papier älter gemacht. Auch wenn sie zuvor bereits medizinische Altersfeststellungsverfahren hinter sich hatten, werden sie spätestens nach ihrer Abschiebung nach Ungarn mit hoher Wahrscheinlichkeit älter als 18 sein.“ sagt Marion Bayer vom Netzwerk „Welcome to Europe“.

Offenbar auf Druck der EU hatte Ungarn das Haftsystem für Flüchtlinge 2010 massiv verschärft. Zunächst wurden die Haftkapazitäten erhöht, danach die Haftdauer auf 12 Monate verlängert. Den gesamten Sommer über kam es zu massiven Protesten und Vorfällen in allen ungarischen „Detention-Centres“: zu Hungerstreiks und Selbstverletzungen und immer wieder zu Fällen von Polizeigewalt, wie das ungarische Helsinki Komitee aktuell berichtet. In Kiskunhalas, einem Gefängnis nahe der serbischen Grenze, brannte eine Etage im Zuge einer Revolte völlig aus. In Nyírbátor, unweit der ukrainischen Grenze, sollen Flüchtlinge regelmäßig mit Schlaftabletten ruhig gestellt werden. Nyírbátor und Kiskunhalas gelten unter den Flüchtlingen als die „Horrorknäste“ Ungarns.

Dass immer wieder Minderjährige unter diesen Bedingungen inhaftiert werden, ist ein besonderer Skandal und weder vereinbar mit den EU-Richtlinien für die Aufnahme von Asylbewerbern, der UN-Kinderrechtskonvention und der daraus resultierenden Verpflichtung zur Achtung des Kindeswohls. „Dublin II ist nicht dafür da, das wir Ruhe finden!“ sagt Milad, 17 aus Afghanistan. „Sie schauen nur auf unsere Fingerabdrücke. Immer wieder im Knast landen und niemals ankommen – das macht auch die kaputt, die einmal stark waren.“

Pressemitteilung – 18.4.2011
Bundesfachverband für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge ■

Hintergrundinformationen:
- UNHCR-Budapest wies bereits 2010 in einer Untersuchung über anerkannte obdachlose Flüchtlinge auf die folgenschweren Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Ungarn hin, selbst existentielle Grundbedürfnisse sind nicht gesichert: UN High Commissioner for Refugees, Refugee Homelessness in Hungary, March 2010, http://www.unhcr.org/refworld/docid/4bb4b9ac2.html
- Aktuell erschien ein Bericht des Helsinki Komitee Ungarn über die Haftbedingungen in den Flüchtlingsgefängnissen: Hungarian Helsinki Committee, Immigration Detention in Hungary 2010, April 2011, http://helsinki.hu/dokumentum/HHC%20immigration%20detention_ENG_final.pdf

Einer von vielen: Milad aus Afghanistan

Milad* (17) aus Afghanistan lebt seit Oktober 2010 in einer Frankfurter Jugendeinrichtung für minderjährige Flüchtlinge. Er hat eine fast zweijährige Odyssee durch halb Europa hinter sich. Er floh über Pakistan, Iran und die Türkei nach Griechenland. Im Spätsommer 2009 erreichte er die griechische Insel Lesbos. Seine Odyssee durch Europa begann im Flüchtlingsknast Pagani, der völlig überfüllt wegen der unmenschlichen Haftbedingungen internationale Aufmerksamkeit erregte. Dort war Milad 10 Wochen lang inhaftiert. Im Zuge einer Revolte brannten Matratzen und Decken in der mit 83 zum großen Teil minderjährigen Flüchtlingen völlig überfüllten Zelle. Einen Tag später wurde Milad entlassen. Er verbrachte mehrere Nächte auf der Straße, bevor er mit dem Schiff nach Athen fuhr. Auch dort schlief er in Parks und wurde Zeuge rassistischer Übergriffe auf Flüchtlinge. Milad versuchte weiterzufliehen. Bei der ersten Flucht aus Griechenland wurde er in einer Fähre nach Italien geschnappt und nach Griechenland zurückgeschoben. Er wurde erneut für 8 Wochen inhaftiert. Die Haftbedingungen beschreibt er als grauenhaft: zu wenig zu essen, überfüllte Zellen mit zu wenigen Matratzen. Da er minderjährig war und kein Vormund verfügbar, wurde er länger als alle anderen inhaftiert – wieder achtwöchige Haft. Nach einer weiteren massiven Selbstverletzung wurde er aus der Haft entlassen. Er war noch immer auf dem Weg nach Norwegen, wo eine Tante lebt. Im Februar 2010 in einer sehr kalten Nacht wurde Milad in einer Gruppe minderjähriger afghanischer Flüchtlinge kurz hinter der serbischen Grenze in Ungarn festgenommen. Zum ersten Mal klang er am Telefon hoffnungslos und unglaublich müde. In Ungarn hatte er einen Asylantrag gestellt, nachdem ihm mit mehrmonatiger Haft und anschließender Abschiebung nach Griechenland gedroht worden war. Er wurde Zeuge von Misshandlungen seitens ungarischer Grenzpolizisten. Er wurde einer medizinischen Altersfeststellung unterworfen, sein Schlüsselbein geröntgt. Als 16-Jähriger wurde er nach Bicske überstellt und dort zunächst für mehrere Tage isoliert. Er erkannte schnell, dass die Lebensbedingungen in Ungarn sehr schlecht waren, wieder gab es nur zweimal am Tag Essen. Nachts konnte er nicht mehr schlafen, die Bilder aus all den Gefängnissen in Europa ließen ihn nicht los. Milad floh weiter und erreichte tatsächlich Norwegen. Dort von Abschiebung nach Ungarn bedroht, versteckte er sich unter der Matratze eines Freundes, als er abgeholt werden sollte, und floh weiter. Diesmal nach Schweden, wo er erneut einen Asylantrag stellte. Überall erzählte er seine Geschichte und sagte, er könne unmöglich nach Ungarn zurückgehen, er habe solche Angst. Im Oktober 2010 erreichte er schließlich Frankfurt. Die traumatischen Erlebnisse auf der Flucht und in den vielen Gefängnisse lassen ihn noch immer nicht schlafen: „In Ungarn komme ich wieder ins Gefängnis. Noch einmal halte ich das nicht aus.“ sagt Milad. Seine Angst ist berechtigt: denn in Ungarn ist Milad auf dem Papier nun plötzlich 30 Jahre alt, obwohl er dort beim ersten Aufenthalt in Ungarn als Minderjähriger registriert wurde und auch in Deutschland, Norwegen und Schweden nicht angezweifelt wurde, das er minderjährig ist. Nach Einschätzung ungarischer Menschenrechtsorganisationen zieht dieses Vorgehen nahezu sicher einen mehrmonatigen Gefängnisaufenthalt in Ungarn nach sich. Trotz aller Unsicherheit ist Milad in Frankfurt angekommen. „Meinst du ich werde verrückt? Ich denke, ich bin zu Hause hier.“ sagt er auf deutsch. Er hofft, dieses Mal vielleicht endlich einen Platz zum Bleiben gefunden zu haben.

* Name geändert

Tunesische Migranten in Paris:

Erneute Räumung, Konflikt mit der Stadt spitzt sich zu

Paris. Zum zweiten Mal hintereinander wurde am vergangenen Freitag (den 27. Mai), im Morgengrauen, ein durch tunesische Migranten in der Hauptstadt Frankreichs besetztes Gebäude polizeilich geräumt. Gegen 7 Uhr früh drangen starke Polizeieinheiten in das seit langen Jahren leerstehende Haus in der rue Bichat, unweit des Pariser Nordbahnhofs, ein. Bereits am Vortag war es zwei mal zu polizeilichen Eingreifsversuchen gekommen, wobei die Ordnungskräfte behaupteten, „wegen eines Einbruchs" herbeigerufen worden zu sein. Das Gebäude steht in öffentlichem Besitz und gehört der öffentlich-rechtlichen Gesellschaft AFTAM (früher: Sonachotra), die Wohnheime für Immigranten betreibt. Am Freitag Nachmittag demonstrierten etwas unter 100 Protestierenden am Hauptsitz der AFTAM in Paris.

Die Stadt Paris hatte zuvor die Räumung der einige hundert Meter entfernt liegenden Turnhalle in der rue Fontaine-du-Roi, im 11. Pariser Bezirk, angefordert. Diese Turnhalle liegt in städtischem Besitz und war seit der ersten Maiwoche besetzt. Am vorletzten Freitag hatten Gerichtsbeamte den Einwohner/inne/n – tunesische Migranten, die in den letzten Wochen und Monaten über Italien eingereist waren – den illegalen Charakter ihrer Besetzung amtlich verkündet und die Räumung angekündigt. Um der unmittelbar bevorstehenden Räumung zuvorzukommen, waren die Tunesier in das leere Gebäude in der rue Bichat ausgewichen, das jedoch keine 48 Stunden besetzt blieb. Die Stadt Paris ihrerseits beruft sich darauf, dass sie – im Gegensatz zum Zentralstaat, der die Tunesier nur fort/ekeln möchte – durchaus etwas für diese Neuzuwanderer tue. Sie spricht von 300.000 Euro (überwiegend an Sachmitteln), die ihnen gewährt worden seien. Konkret nimmt dies jedoch die Gestalt von 150 bis 300 Plätzen in einer Notunterkunft – die für Katastrophenfälle bereit gehalten wird – an, welche die Betreffenden jedoch um 7 Uhr früh mit all ihren Habseligkeiten verlassen müssen und erst am Abend wieder betreten dürfen. Untergebracht werden sie dort also lediglich Nacht für Nacht wie Obdachlose, wobei das Recht auf Unterkunft an jedem einzelnen Abend erneut gewährt werden muss. Eine solche extreme Prekarität hielten sie, auf längere Sicht hin, für nicht menschenwürdig.

Der französische Zentralstaat, der Herr über die in Paris stationierten Polizeikräfte ist, zeigt sich noch weitaus weniger duldsam gegenüber den tunesischen Neuzuwanderern. Am Samstag Nachmittag des 14. Mai wurde eine nicht genehmigte Demonstration von rund 500 Tunesiern und Unterstützer/innen (überwiegend Autonome, die taktisch mitunter sehr ungeschickt vorgingen) mit roher Gewalt aufgelöst. 15 Tunesier und 51 ihrer Unterstützer/innen wurden verhaftet. Die Demonstration wurde sofort nach Beginn eingekesselt.

BhS, Paris ■

Schattenbericht zum Thema Rassismus

Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) veröffentlichte am 21. März 2011, dem internationalen Tag gegen Rassismus, in Brüssel den Schattenbericht für die Jahre 2009 und 2010. Der Schattenbericht setzt sich aus 27 nationalen Berichten der EU-Mitgliedstaaten und Kroatien zusammen. „Der Rassismus in Europa ist noch lange nicht besiegt", so Chibo Onyeji, Präsident von ENAR, „wir haben noch einen langen Weg vor uns."

Auf europäischer Ebene ist die Diskriminierung auf Grund der Herkunft immer noch am häufigsten (61 Prozent), gefolgt von Diskriminierung auf Grund der Religion (39 Prozent). In unterschiedlicher Ausprägung in verschiedenen Staaten lässt sich feststellen, dass Migranten, Roma, Flüchtlinge und Asylbewerber, sowie Muslime und Juden am häufigsten unter Diskriminierung leiden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist immer noch erschwert und wurde durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt. Auch sind die genannten Bevölkerungsgruppen immer noch überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Bildungsbereich lassen sich die allgemein schlechtere Qualität, Ausgrenzung und rassistische Übergriffe gegen ethnische Minderheiten beobachten, was zu geringerer Beschulung und früheren Abgängen und Sprachbarrieren führt. Auch die Gettoisierung nimmt zu.

Speziell in Deutschland lassen sich auf Grund des beschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt Abwanderungstendenzen unter türkeistämmigen Hochqualifizierten in die Türkei beobachten. Menschen mit Migrationshintergrund zahlen mehr Miete für qualitativ schlechtere Unterkünfte und haben einen schweren Zugang zu wohlhabenden Gegenden. Positiv zu vermelden ist, dass in den meisten Bundesländern Kinder von Asylbewerbern und Geduldeten den vollen Zugang zur Bildung genießen können.

Quelle: Aktiv + gleichberechtigt, Migration 5-2011 ■

Der Schattenbericht findet sich (in englischer Sprache) unter: http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/FINAL%20SR%20-%20online%20version%202.pdf.

Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen sicherstellen!

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 35. Sitzung am 14. April 2011 zum TOP 5 folgende Entschließung angenommen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert sich im Rahmen der Fachministerkonferenzen der Länder und des Bundesrates verstärkt für eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Asyl bLG) mit dem Ziel einzusetzen, das Sachleistungsprinzip im Rahmen der Gewährung von Grundleistungen abzuschaffen. Darüber hinaus sollte auch die Bestimmung im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), die eine Regelunterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften vorsieht, aufgegeben werden.

2. Die Geltungsdauer des Runderlasses des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie über die Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und soziale Betreuung nach der Erstattungsverordnung vom Landesaufnahmegesetz vom 8. März 2006, ist durch Bekanntmachung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie vom 8. Februar 2011 bis zum 31. März 2012 verlängert worden. Die Landesregierung wird aufgefordert, die im Runderlass vorgegebenen Mindestbedingungen zur Unterbringung und sozialen Betreuung auf einen möglichen Änderungsbedarf hin zu überprüfen.

Hierbei sind Aspekte wie die Sicherung einer bedarfsgerechten Beratung, die umfassende soziale Betreuung besonders Schutzbedürftiger durch interkulturell qualifiziertes Personal und die Einbindung in einem entsprechenden sozialen Umfeld unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten mit einzubeziehen. Die Bedürfnisse von Familien und Kindern und deren Zugang zu Bildung sind dabei besonders zu berücksichtigen.

... 3. Der Landtag appelliert an die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg bei der Entscheidung zur Unterbringung von asylsuchenden und geduldeten ausländischen Flüchtlingen die bestehenden Ermessensspielräume zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen im Interesse der Betroffenen großzügig zu nutzen. Dabei sind die Festlegungen in dem Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Soziales,Gesundheit und Familie zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen vom 20. Juli 1998 zu beachten.

4. Der Landtag fordert die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg auf, die Einhaltung der geltenden Mindestbedingungen in den Gemeinschaftsunterkünften abzusichern."

Landtagsbeschluss Drucksache 5/3082-B ■

Quelle: Flüchtlingsrat Brandenburg - Flüchtlingsrat Niedersachsen 12.5.2011

Buchkritik: „Der heilige Schein“

Anfang 2010 legte David Berger sein Amt als Herausgeber der Zeitschrift „Theologisches“ nieder. Ende 2010 erschien sein Buch „Der heilige Schein. Als schwuler Theologe in der katholischen Kirche“ im Berliner Ullstein-Verlag.

Bergers Buch ist eine Abrechnung mit dem rechten Rand des Katholizismus. Selbstkritisch reflektiert Berger seine eigene Rolle als jahrelanger Herausgeber einer konservativ-katholischen Zeitschrift und beschreibt, wie der Gedanke reifte, aus diesem Milieu auszusteigen.

Berger gibt tiefe Einblicke in den extrem rechten Rand des Katholizismus. Er berichtet über die Homophobie, die Doppelmoral und den grassierenden Antisemitismus in diesen Kreisen. Berger schildert bedrückende Begegnungen in Priesterseminaren und Schulen der fundamentalistischen „Priesterbruder-schaft St. Pius X.“ und seine Erfahrungen als Teilnehmer illustrer „Herrenabende“ in Düsseldorf, auf denen bekannte Vertreter der extremen Rechten auftreten.

Berger bestätigt mit seinem Buch, dass es eine zunehmende Vernetzung erzkonservativer Katholiken mit der extremen Rechten gibt. Und dass ihr Einfluss in der katholischen Kirche sehr stark ist.

Nach seinem Outing und der Veröffentlichung seines Buches musste Berger nicht lange auf Reaktionen der Gegenseite warten. Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner hat dem in Erftstadt tätigen Theologen unlängst die Lehrerlaubnis entzogen. *hma* ■

David Berger, „Der heilige Schein“, Ullstein 2010, 299 S., 18 Euro

Braunes Erbe in Hessen

WIESBADEN. Unter den in Frage kommenden 333 Abgeordneten des Hessischen Landtags waren statt der offiziell genannten drei Abgeordneten mindestens 75 Abgeordnete ehemalige NSDAP-Mitglieder“, so der Historiker und Autor der Studie „Braunes Erbe in Hessen“, Dr. Hans-Peter Klausch, die er im Auftrag der Linksfraktion im Hessischen Landtag erstellt hat und die am 4. Mai der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. „Da nur 80 Prozent der Akten erhalten sind, ist die tatsächliche Zahl höher zu veranschlagen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder gab es demnach in allen hessischen Fraktionen – einschließlich SPD und Grünen – mit der KPD als einziger Ausnahme. In der CDU-Fraktion wurden in den Wahlperioden von 1954 bis 1966 zwischen 25 Prozent und 35,7 Prozent der Mandate dauerhaft oder zeitweilig von früheren NSDAP-Mitgliedern wahrgenommen. Bei der FDP schwankte dieser Wert in den Jahren 1954 bis 1970 zwischen 60 und über 70 Prozent.“

Es handele sich bei diesen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern nicht nur um indoktrinierte Jugendliche, Mitläufer und Opportunisten, so Dr. Klausch. „Die Hinzuziehung von SS- und SA-Personalunterlagen ergab, dass es auch schwer belasteten Nazis gelang, im Hessischen Landtag unerkannt erneut politisch zu wirken.“ Da ehemalige NSDAP-Mitglieder in Hessen auch in politische Spitzenämter gelangten, zum Beispiel als Fraktions- und Landesvorsitzende bis hin zu Ministerämtern, müsse die Frage nach Kontinuitäten zwischen NS-Staat und früher Bundesrepublik auch in Hessen neu gestellt werden, so Dr. Klausch.

Die Ergebnisse seien brisant und schockierend, so Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. „Dass bei näherer Betrachtung auch in Hessen einige braune Leichen auftauchen könnten, war vor dem Hintergrund der anhaltenden bundesweiten Debatte um die Verbindungen des NS-Staates zu Ministerien, Ämtern und Behörden der frühen Bundesrepublik nicht verwunderlich. Doch über 20-mal mehr NSDAP-Mitglieder im Hessischen Landtag als offiziell bekannt, viele davon in politischen Spitzenämtern bis hin zu schwer belasteten Naziverbrechern als Abgeordnete. Diese Dimension ist erschütternd und mahnt zur Aufarbeitung.“

Schaus forderte angesichts der Ergebnisse der Studie eine Debatte in den anderen Parteien, Fraktionen und dem Hessischen Landtag und schlug vor, dass sich die Historische Kommission Hessen des Themas überparteilich annimmt. „Dass bei näherer Betrachtung auch in Hessischen Ämtern, Behörden und der Justiz alte Nazis auftauchen könnten, erscheint angesichts der Ergebnisse unserer Studie nicht ausgeschlossen.“

Bericht über die Vorstellung der Studie
Quelle: Webseite der Landtagsfraktion DIE LINKE. in Hessen, www.linksfraktion-hessen.de

Kurzdarstellung der Studie: „Braunes Erbe in Hessen – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter“ von Dr. Hans-Peter Klausch im Auftrag der Fraktion DIE LINKE

Herangehensweise der Studie:

- Recherche in den erhaltenen NS-Aktenbeständen des Berlin Document Center
- Unterscheidung in Mitläufer und (schwer) belastete Altnazis
- Vergleich der gewonnen Daten mit den Bibliografien des Hessischen Landtags
- Überprüfung und Beurteilung der Mitgliedschaft von 333 Abgeordneten des Hessischen Landtags auf eventuelle Mitgliedschaft in NS-Organisationen

Einige Befunde der Studie:

- 75 statt der drei offiziell genannten ehemaligen NSDAP-Mitglieder – fast ein Viertel
- Ehemalige NSDAP-Mitglieder in allen Fraktionen (Ausnahme KPD)
- Ehemalige NSDAP-Mitglieder unter den MdL der Jahrgänge 1927 und älter

BHE: 12 von 19 MdL = 63,2 Prozent
NPD: 3 von 8 MdL = 42,9 Prozent
FDP: 23 von 59 MdL = 38,9 Prozent
CDU: 22 von 97 MdL = 22,7 Prozent
SPD: 15 von 140 MdL = 10,7 Prozent

- Auch schwer belastete Nazis in mehreren Fraktionen (CDU, FDP, BHE, NPD)
- Ehemalige NSDAP-Mitglieder in hohen Partei-, Fraktions- und Staatsämtern

Vorläufiges Fazit der Studie:

- Weitere Untersuchung durch die historische Kommission des Landtags notwendig
- Aufarbeitung auch für Hessische Behörden, Justiz und Kreise nötig
- Korrekturbedarf bei Geschichtsdarstellung des Landtags und der Parteien

Download: http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/attachments/article/2278/Braunes%20Erbe_final.pdf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die „Avantgarde“ marschiert

Junge Freiheit Nr. 20/11 vom 13. Mai 2011

Das Blatt bewundert den Versuch von Pro NRW, am 7. Mai einen sogenannten „Marsch für die Freiheit“ in die Kölner Innenstadt durchzuführen. Anders als Pro NRW gibt das Blatt die Zahl der Teilnehmenden mit ca. 600 an – Beobachter vor Ort zählten höchstens 300, Pro NRW behauptet, es seien über 1000 gewesen.

Die relativ geringe Teilnehmerzahl sieht das Blatt als Diskrepanz zur eigentlich möglichen Beteiligung: „Die paar hundert Leute, die vergangenen Samstag am ‚Marsch für die Freiheit‘ in Köln teilgenommen haben, stehen zu den anderthalb Millionen Käufern des Sarrazin-Buches in auffälligem Missverhältnis.“

Nach einigen Tiraden gegen angebliche Linksextremisten der Gegendemonstrationen kommt es dann zu dem Schluss: „Die wenigen hundert Leute, die den Mechanismus der Angst ignorieren, handeln als Avantgarde.“

Zur Avantgarde gehören demzufolge der Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, Demonstranten, die eintätowierte SS-Runen abdecken mussten …

Die Frage stellt sich zudem als Vorhut von was? Vorhut der Islamophobie? Vorhut der Ausgrenzung und Unfreiheit?

Hoffnung auf die FDP

Junge Freiheit Nr. 20 und 21 vom 13./20. Mai 2011

Das Blatt (Nr. 20) hat nun die FDP wieder entdeckt und hofft darauf, dass der nationalistische Flügel der Partei wieder erwacht und unterstützt diese Hoffnung durch ein Interview über die „patriotische liberale“ Partei Dänemarks Venstre, die bei den letzten Wahlen mit ausländerfeindlichen Parolen 29 % errang, allerdings inzwischen Stimmen verloren hat. In der FDP spiele die Parteilinke keine Rolle mehr, stattdessen werden Dirk Niebel als ehemaliger Fallschirmjäger, der sächsische FDP-Vorsitzende Holger Zastrow und der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler als „rechtsliberale“ Hoffnungsträger benannt.

In der Ausgabe 21 muss allerdings festgestellt werden, dass eine ‚rechte‘ Kurskorrektur keine Mehrheit gefunden hat. So ist auch der vom Blatt erhoffte Beschluss über den Ausstieg aus dem Euro nicht beschlossen worden und die Vorstandswahlen gingen auch anders aus als vom Blatt erhofft.

Zum Wahlergebnis in Bremen

Junge Freiheit Nr. 22 vom 27. Mai 2011

Die Wahl zur bremischen Bürgerschaft ist für das Blatt ein „Wahldebakel“. Die CDU sei nicht mehr zu retten, die FDP untergegangen.

Allein die bremische Partei „Bürger in Wut“ konnte mit vier Prozent zwar zulegen, ist aber dennoch nur mit dem Abgeordneten Timm für Bremerhaven in der Bürgerschaft vertreten.

„Geschlechter-Gleichmacherei, Homosexuellen-Lobbyismus, Einheitsschulen und sozialpädagogische Bevormundung hat die Union längst genauso im Angebot wie Rot-Grün-Links. Und die FDP? Die hatte 2009 mit dem Schlagwort ‚Mehr Netto vom Brutto‘ noch scharenweise frustrierte Unionswähler eingesammelt und damit ein Rekordergebnis erzielt. Jetzt macht sie als linksliberales Rad am Wagen brav alles bis hin zur ruinösen Euro-Rettung mit und ist dafür in Bremen auf Ramsch-Status herabgestuft worden.“

uld ■

Bremenwahl – Ziel wurde deutlich verfehlt

So analysiert die Bremer NPD selbst ihr Wahlergebnis in einer Pressemitteilung. Im Wahlbereich Bremerhaven wurden 2,3 % erreicht, während es im Bereich Bremen sogar nur noch 1,4 % geworden sind. Somit zieht noch nicht einmal über Bremerhaven ein Abgeordneter in die Bremische Bürgerschaft ein. Landeswahlkampfleiter Jens Pühse: „Das Ergebnis hat uns alle sehr enttäuscht. Aufgrund unseres ... Wahlkampfes hatten wir mit deutlich besseren Ergebnissen gerechnet.“ Der Spitzenkandidat in Bremen, Matthias Faust äußert ebenfalls seine Enttäuschung und schlägt dann die üblichen Durchhalteparolen an: „Wir werden die Hände jetzt nicht in den Schoß legen, sondern weiter daran arbeiten, unsere Strukturen hier in Bremen zu verbessern. Nach der Wahl ist vor der Wahl, nun haben wir vier Jahre Zeit, es noch besser zu machen.“

nach Pressemitteilung NPD-Bremen ■

Fusion von NPD und DVU noch vor Gericht

„Nachdem einzelne Funktionäre der DVU gegen die Unterzeichnung des Verschmelzungsvertrages von NPD und DVU ein einstweiliges Verfügungsverfahren eingeleitet haben, fand in diesem Rechtsstreit am 10.5.2011 eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht München statt (LG München I, Aktenzeichen 20 O 25065/10).“ So berichtet die Website der NPD - Die Volksunion. Ein Vergleichsvorschlag des Gerichts sehe nun vor, dass die Fusionsgegner der DVU ihre Anträge zurücknehmen und beide Parteien auf das Stellen von Kostenanträgen verzichten.

Quelle: website der NPD ■

Pro wirbt um „Bürger in Wut“

In einem Interview mit dem rechten Blog freiheitlich.org hat Markus Beisicht von pro NRW die Ergebnisse der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft kommentiert. Es sei jetzt wichtig, dass unverzüglich Gespräche für eine gemeinsame Bewegung aller freiheitlichen Kräfte in Deutschland eingeleitet würden. Beisicht: „Es müssen sich diejenigen zusammenfinden, die unser Grundgesetz und unsere Souveränität verteidigen – gegen die Angriffe jeglicher Art von Extremismus, sei dies nun linker, rechter oder islamistischer Extremismus. ... Damit werden wir eine bundespolitische Wahrnehmung erzielen. Wir haben mit den Republikanern, mit denen wir in intensiven Beratungen in dieser Frage stehen, einen Anfang gemacht. Nun sollten weitere Formationen Farbe bekennen.“

Quelle: website „pro NRW“ ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507